NR. 344 NR. 4/2016 PREIS: EURO 4,50
ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft

UND WIEDER EINE GAP-REFORM!

Mein Krautland hat nix von der GAP, fürcht ich!

Positionen zur nächsten GAP-Reform 2020

Gemeinsame (?) Agrarpolitik

Ausverkauf der Landwirtschaft

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33
E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at
Homepage: www.viacampesina.at
Redaktion: Monika Gruber, Irmi Salzer, Eva Schinnerl
Gestaltung & Layout: Eva Geber
Zeichnungen: MUCH Unterleitner
Titelfoto: Gunter Naynar
Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großebersdorf
Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer*innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, David Jelinek, Florian Walter
Geschäftsleitung: Ludwig Rumetshofer
Sekretariat: Katherina Mergl
Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.
Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.
Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.
Einzelpreis: Euro 4,50
Jahresabonnement: INLAND Euro 25,–
AUSLAND Euro 29,–
Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111, Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529 BIC GIBAATWW
ÖBV-Mitgliedsbeitrag:
Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern): Euro 32,– + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.
Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,–. Euro 3,– aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonnement von BÄUERLICHE ZUKUNFT.
Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130
39. JAHRGANG (2016)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Foto: Gunter Naynar

In den Niederungen der Nebel, auf den Bergen klare Sicht. Auf den Kopf gestellt erscheint das (Titel-)Bild, das sich uns bietet, wenn wir die derzeitige GAP betrachten. So gesehen scheint die Forderung der Grünen Bäuerinnen und Bauern, die Agrarpolitik endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen als Gebot der Stunde. Was einige Akteur*innen der österreichischen Agrarpolitik davon halten, hat Irmi Salzer durch ihre Fragen herausgefunden.

Spannend und ebenso herausfordernd sind der Prozess des Friedensabkommens in Kolumbien und auch die Entwicklung rund um TTIP. Wir wünschen euch genügend Zeit zum Lesen, Diskutieren und Engagieren.

Der Schwerpunkt der nächsten Ausgabe widmet sich: Maschinen – Menschen – Landwirtschaft. Redaktionsschluss ist der 10. November 2016.

Mit hoffnungsvollen Grüßen aus der Redaktion
Eva, Irmi und Monika

Das Engerl geht diesmal an zwei großartige Mitstreiter*innen für eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssouveränität: an Gexi Tostmann, die bekannte Trachtenproduzentin und Gerhard Haderer, den nicht minder bekannten Cartoonisten. Die schwierige Situation der (Milch-)Bäuer*innen hat die beiden motiviert, die ÖBV bei aufsehenerregenden Aktionen zu unterstützen: Haderers überlebensgroße Kühe grasten beispielsweise auf der Wiese neben Tostmanns Lokal „Bandlkramerey" in Bad Aussee, dort wurde Freimilch ausgeschenkt und über die Zukunft der Landwirtschaft diskutiert. Ein großes Dankeschön!

Das Teuferl freut sich, hoffentlich zum letzten Mal, über die Machenschaften der CETA-Befürworter*innen. Nachdem der angeblich so kritische neue Bundeskanzler große Hoffnungen geweckt hat, dass er sich an die Seite der Bürger*innen stellen und das Abkommen mit Kanada nicht unterzeichnen werde, ist er sang- und klanglos umgefallen. Zahnlose Zusatzerklärungen erklären angeblich auch den Sinneswandel des Bundeskanzlers. Dass die Landwirtschaft von CETA nicht profitieren, sondern im Gegenteil unter erhöhtem Konkurrenzdruck stehen wird, ist der Spitze der Interessenvertretung trotz Protesten von tausenden Bäuerinnen und Bauern weiterhin schnurzegal.

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.

KOMMENTAR

VON IRMI SALZER

GAP-REFORM, DIE XTE

Die Lust, sich schon wieder mit der unweigerlich ins Haus stehenden neuerlichen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu beschäftigen, hält sich für viele von uns langgedienten Lobbyist*innen für eine bäuerliche Landwirtschaft in Grenzen. Zu schmerzhaft sind noch die Erinnerungen an die (vermeintlich oder tatsächlich) vergebene Liebesmüh im Zuge der Verhandlungen zur letzten Umgestaltung der politischen Rahmenbedingungen. Trotz jahrelanger Öffentlichkeitsarbeit, trotz der Hoffnungen, die wir in einen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft recht gewogenen Agrarkommissar Dacian Ciolos gesetzt, trotz der positiven Erwartungen, die wir an das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments gehegt hatten, war die Reform weder ein großer Wurf noch eine zukunftsweisende Richtungsentscheidung: Sie hat bestehende Tendenzen in Richtung Agrarindustrie verstärkt, die Zerstörung der natürlichen Ressourcen nicht gestoppt, die Ungleichverteilung der Förderungen kaum korrigiert, der Ausbeutung von Landarbeiter*innen nicht Einhalt geboten – und all dies mit einem nochmaligen enormen Bürokratisierungsschub. Die wenigen zaghaften positiven Ansätze wie höhere Direktzahlungen für kleinere Betriebe oder die Möglichkeit, im Rahmen der Ländlichen Entwicklung unkonventionelle Kooperationen zu unterstützen, wurden von den Mitgliedsstaaten abgeschmettert, ignoriert oder ausgehöhlt.

Die offizielle Interessenvertretung der österreichischen Bäuerinnen und Bauern und der diese dominierende Bauernbund sind mit der GAP, wie sie war und ist, jedoch größtenteils zufrieden, das zeigen die Antworten auf die Fragen, die wir ihnen gestellt haben. (Der Bauernbund musste übrigens erst davon überzeugt werden, eine eigene Position zu übermitteln, es hätte doch ohnehin schon die LKÖ geantwortet …). Von dieser Seite ist daher auch mit wenig Reformeifer für die GAP nach 2020 zu rechnen – am besten soll alles so bleiben, wie es unseren Wachstumsbetrieben gut tut, das war auch schon in der Vergangenheit die Devise. Allenfalls die Bürokratie müsste man* reduzieren …

Dass eine radikale, im Sinn von an die Wurzeln des Problems gehende Neuorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik notwendig ist, zeigt uns der Alltag auf den Höfen in Österreich und sonstwo in Europa: Steigende Verschuldung, Mangel an Nachfolger*innen, psychische und physische Erschöpfung führen zur Aufgabe von zahlreichen Betrieben und damit zur Ausdünnung des ländlichen Raums. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf den Globalen Süden, auf Biodiversität, Boden, Wasserhaushalt und Klima.

Angesichts all dieser Herausforderungen wäre es wohl unverantwortlich, nicht wieder „in den Ring zu steigen" und mit all den uns verfügbaren Mitteln für eine Gemeinsame Agrar- und Ernährungspolitik zu kämpfen, die auf Ernährungssouveränität, dem Recht auf Nahrung, dem Schutz natürlicher Ressourcen und dem Respekt vor Mensch und Tier beruht. Die Erfolge, die wir rund um den Widerstand gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA derzeit feiern, geben Hoffnung, dass auch im Bereich der GAP noch so einiges möglich ist.

Irmi Salzer
Biobäuerin im Südburgenland

INHALTSVERZEICHNIS

Judith Moser-Hofstadler
MEIN KRAUTLAND HAT NIX VON DER GAP, FÜRCHT ICH! 4

Irmi Salzer
POSITIONEN ZUR NÄCHSTEN GAP-REFORM 2020 6

Ewald Grünzweil
GEMEINSAME (?) AGRARPOLITIK 11

Sigrun Zwanzger
ZU VIEL FLEISCH SCHAFFT PROBLEME 12

Johann Schauer
SCHUTZSUCHENDE ALS GESUCHTE ARBEITSKRÄFTE 13

Sebastian Theissing-Matei
ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT STATT PRODUKTIONSWAHN 14

KURZ & BÜNDIG 15

Sharon Treat und Shefali Sharma
AUSVERKAUF DER LANDWIRTSCHAFT 16

Johann Strube
BÄUERLICHES WIRTSCHAFTEN IN DEN USA 18

Irmi Salzer
MONSANTO-TRIBUNAL IN DEN HAAG 19

Gerhard Hovorka
EIN SCHLECHTES EINKOMMENSJAHR FÜR FAST ALLE 20

Siegfried Schürz
BEWEGTE VERGANGENHEIT IM OBEREN MÜHLVIERTEL 22

ÖBV-*Info II* 23

Huem Otero
„ABKOMMEN JETZT! IN ÖSTERREICH FÜR DEN FRIEDEN IN KOLUMBIEN" 24

Monika Gruber
GLOSSE 26

Kontaktadressen/ABO-WERBUNG 27

ÖBV-*Info I* 28

MEIN KRAUTLAND HAT NIX VON DER GAP, FÜRCHT ICH!

Ich war ehrlich gespannt auf die Midterm-Review, die uns die EU versprochen hat. Leider gibt's diesen Zwischenbericht zur laufenden GAP-Periode diesmal nicht, weil die Periode ja noch nicht so lange dauert, wie sie eigentlich sollte. Statt mittendrin sind wir grad erst am Anfang der Förderperiode, die bis 2020 laufen wird.

VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER

Nach den Verhandlungen ist vor den Verhandlungen, könnte man sagen oder schreiben, aber das gilt auch im Fall eines reibungslosen Beginns des Förderwerks.

Und wie immer fürchten wir, dass die Aussicht auf die europäische Landwirtschaft aus dem Turm in Brüssel eine manchmal komplett andere ist als die Aussicht von einem Hügel oder Berg in Österreich. Ich bin mir sehr sicher, dass auch Kolleg*innen in Spanien oder sonstwo in der EU das ähnlich behaupten würden.

Ich hatte die Gelegenheit, den stellvertretenden Leiter der EU-Kommission, Joost Korte zu hören. Er erklärte beim Milchdialog im Parlament im Juni, dass Österreich ein Vorbild sei in der EU, weil die Investitionsförderung so beispielhaft beansprucht und eingesetzt wird. Die Bauern trauen sich also was in Österreich. Sie investieren und bringen ihre Betriebe auf den neuesten Stand. Das ist die Sicht aus Brüssel.

Substanz und „Neben"-einkommen

Ein Betrieb muss ständig investieren, das gilt wohl für jede Wirtschaftsbranche. Von einem Investor, einem Experten für Denkmalschutz, habe ich folgenden Satz gehört: „Bei jeder größeren Investition muss man bedenken, dass ein Teil der Substanz verloren geht." Auch das gilt es in jedem Betrieb zu bedenken. Die Substanz, die momentan verloren geht, muss der Betrieb entweder vorher geschaffen haben oder er kann sie nicht aufbauen, wenn die Investition durch Fremdkapital geschaffen worden ist und dieses erst abgearbeitet werden muss. Ein Betrieb sollte also nur so viel investieren, dass er neben dem Einkommen für die Arbeitenden den eigenen Erhalt und auch noch Substanz schaffen kann. Selbstverständlich gibt es Investitionen, die es erst ermöglichen, mehr zu erwirtschaften. Ob sich das ausgeht, liegt im eigenen Ermessen.

In der letzten Förderperiode wurde die Investitionsförderung in Österreich gut genutzt. Jetzt zeigt sich aber – vor allem für Milchviehbetriebe – dass darin auch Gefahren stecken. Betriebe, die etwa ihren Stall ausgebaut haben und ganz auf Kuhmilchproduktion gesetzt haben, verdienen weniger Geld als geplant, weil der Milchpreis massiv gesunken ist. Manche haben schon vor dieser Krise ein außerlandwirtschaftliches Einkommen eingeplant, andere müssen sich ein solches suchen, um die Kreditraten für den landwirtschaftlichen Betrieb zurückzahlen zu können. Mir fällt in dem Zusammenhang immer auf, dass es außer Bäuerinnen und Bauern wohl keine andere Berufsgruppe gibt, in der so selbstverständlich ein zweiter Beruf ausgeübt wird. Es ist nicht ungewöhnlich, dass jemand zu Hause eine Landwirtschaft betreibt und wie nebenbei unterrichtet, als

Foto: Margit Gruber

Schlosser, Krankenschwester oder Buchhalter arbeitet. Es stimmt schon, es hat auf Bauernhöfen schon „immer" Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Produktion von Lebensmitteln gegeben. Die Kinder haben im Sommer alle in einem Zimmer schlafen müssen, damit Feriengäste Platz gefunden haben, weben, Schuhe anfertigen, schnitzen, Besen binden – es gibt viele Tätigkeiten, die zum Bauernhof gehört haben. Nicht zu vergessen die Selbstversorgung mit Lebensmitteln, die auch auf Bauernhöfen oft verschwunden ist, weil es praktisch und zeitsparend ist, im Supermarkt einkaufen zu gehen, und das vielleicht auch besser aussieht, als sich selbst am Feld zu plagen. Oder ist es doch die Zeit, die zwischen Büro, Kindern und Stall fehlt?

„Unwirtschaftliche" Arbeitsplätze

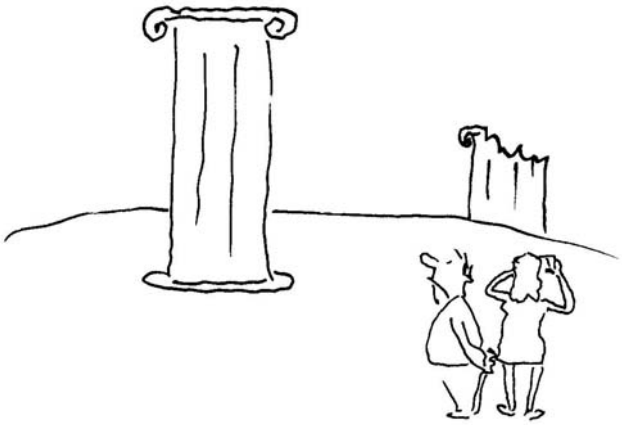
Auf unserem Hof haben wir auch zugelangt bei der Investitionsförderung. Einen Stall für 30 Kühe haben wir gebaut. Ursprünglich als Arbeitsplatz für meinen Mann, dann sind doch zwei Arbeitsplätze draus geworden. „Bei der Größe ist es eh besser, wenn eins auf der Couch liegen bleibt, während der andere den Stall macht", hat uns der Bauberater der Landwirtschaftskammer erklärt. „Das ist ja unwirtschaftlich." Wunderbarerweise finden wir unser Auslangen. Vielleicht, weil wir ein kleines außerlandwirtschaftliches Einkommen haben, vielleicht auch deshalb, weil wir auch Dingen Wert beimessen, die nicht mit Geld aufgewogen, also ganz klar berechnet werden können. Äpfel, Karotten, Eier, Milch – ein paar der Lebensmittel, die wir selbst produzieren und als Teil unseres Einkommens sehen. Wer von denen, die sich die nächste GAP-Periode überlegen, sieht darin ein Anliegen für die Gemeinsame Agrarpolitik für Europa? Wie könnte man diese Einkommen und damit die Unabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern fördern? Wenn es stimmt, dass der EU die Vielfalt in der Landwirtschaft wichtig ist – kleinste Betriebe neben großen – dann müsste sie ihr Augenmerk auch auf diese Einkommenszweige richten. Leider sieht es nicht danach aus. „Die Landwirtschaft" ist schließlich „am Weltmarkt angekommen", wie es unser Landwirtschaftsminister formuliert, und da wüsste ich wirklich nicht, was das Kraut auf unserem Feld verloren hat.

Judith Moser-Hofstadler
Bio-Bäurin im Mühlviertel

POSITIONEN ZUR NÄCHSTEN GAP-REFORM 2020

Die ÖBV-Via Campesina Austria hat einigen Akteur*innen der österreichischen Agrarpolitik Fragen zur nächsten Reform gestellt.

FRAGEN VON IRMI SALZER



1.) Wie beurteilt Ihre Organisation die Wirkungsweise der derzeitigen GAP 2014-2020?

Arbeiterkammer (AK): In Sachen Verteilungsgerechtigkeit hat die GAP im Zeugnis ein glattes „Nicht genügend" stehen. Auch die Umweltwirkung kann nur als „nicht ausreichend" bewertet werden. Und in Punkto Budgetmittel wäre es wohl besser, mehr öffentliche Gelder für Schulen und Bildung zu verwenden, als für Großgrundbesitzer. Statt dem verbissenen Sitzenbleiben auf den historischen Zahlungen wäre ein gewaltiger Sprint angesagt. Um die GAP eindeutig beurteilen zu können, fehlt es an klar definierten Zielen, die dann auch messbar wären.

Bauernbund (BB): Die 2. GAP-Säule ist auf dem Bergbauern- und Agrarumweltprogramm aufgebaut. Diese Programme bremsen im Vergleich zu anderen EU-Ländern mit Berg- und benachteiligten Gebieten sehr deutlich den Strukturwandel. Wir brauchen auch weiterhin stabile Rahmenbedingungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und die Akteure im ländlichen Raum und zugleich kontinuierliche Weiterentwicklung der bäuerlichen, flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raumes mit den Eckpfeilern:

- Nachhaltigkeit und Multifunktionalität der Bewirtschaftung;
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Strukturen;
- Fokus auf die Erzeugung von Lebensmitteln mit hoher Produktqualität.

Grüne Bäuerinnen und Bauern (GBB): Die aktuelle Agrarpolitik der EU ist weltmarktorientiert. Sicherungsnetze für Kleinbetriebe sind kaum vorhanden und sollen in der Regel nur den Ausstieg dieser Betriebe finanziell erleichtern. Die Ökologisierung wird der Industrialisierung untergeordnet. Die Möglichkeit der Umschichtung von Direktzahlungen zugunsten kleinerer Betriebe bis 30 Hektar wurde den Nationalstaaten freigestellt, statt verpflichtend vorgesehen. Importe von Agrarprodukten (z. B. Sojaschrot oder Orangensaftkonzentrate) werden hinsichtlich ökologischer oder sozialer Kriterien nicht ausreichend bewertet oder beschränkt. Diese Form der Agrarpolitik dient vorwiegend den großen Nahrungsmittelkonzernen, die primär billige und austauschbare Rohstoffe für ihre Markenstrategien einkaufen möchten.

Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ): Die Landwirtschaftskammern sind die Interessenvertretung für die Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebe in Österreich. Oberstes Ziel ist die Sicherstellung des Erhalts der Betriebe in ihrer multifunktionalen Aufgabenstellung für den Ländlichen Raum und die österreichische Gesellschaft, dazu braucht es Einkommensschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe. Die GAP 2014-2020 stellt dabei eine, aber nicht die einzige unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung unserer Betriebe dar. Dabei sind die Direktzahlungen als Abgeltung für die Einhaltung der hohen gesetzlichen Standards im Vergleich zu Importwaren und maßnahmenbezogene Abgeltungen für freiwillige Leistungen über das gesetzliche Ausmaß hinaus wechselseitig aufeinander abgestimmt. Nur mit einer weiterhin ausreichenden Mittelbedeckung der GAP können regionale hochwertige Lebensmittel, artenreiche Lebensräume und Arbeitsplätze in Österreich nachhaltig gesichert werden.

SPÖ Bauern: Die Wirkungsweise der derzeitigen GAP 2014-2020 ist ein erster aber wichtiger Schritt, die Fördermittel der EU besser zu den bäuerlichen Familienbetrieben zu bringen. Sie stellt auch einen koalitionären Kompromiss zwischen den SPÖ-Bauern und dem Bauernbund dar. Dennoch muss die GAP in Zukunft viel stärker an den Bedürfnissen der bäuerlichen Familienbetriebe orientiert werden.

2.) In welchen Bereichen der GAP sieht Ihre Organisation den größten Handlungsbedarf und warum?

AK: Ganz einfach: „public money for public goods" sollte tatsächlich gelten. Vorher muss allerdings noch geklärt werden, was „State of the Art" und was tatsächlich als öffentliches Gut zu verstehen ist. Denn eine „Nicht-Verschmutzung" schreit nicht nach Belohnung. Die Einhaltung bestimmter Normen sollte für jede Branche gelten. Oder bekommen wir 100 Euro, damit wir nicht bei Rot über die Straße gehen?

BB: Zentral für uns ist die Einkommenssicherung der österreichischen Bäuerinnen und Bauern. Einkommensverluste durch Wetterereignisse oder drastische Marktveränderungen dürfen nicht zu Lasten der Bauern gehen. Dazu kämpfen wir für einen Ausbau der bestehenden Risikoabsicherungen. Ebenfalls eine ausdrückliche Forderung: Der bürokratische Aufwand sollte spürbar reduziert werden. Etwa durch einfache Flächenzahlung anstelle des bürokratischen Zahlungsanspruchssystems.

GBB: Qualitative Lebensmittel müssen auch kostendeckende Preise für die Bäuerinnen und

Fotos: Gunter Naynar

Bauern erzielen. Dies muss prioritäres Ziel der EU-Agrarpolitik werden. Das ist flächendeckend nur möglich, wenn eine Ökologisierung und Diversifizierung der Produktion, Effizienz bei den Förderprogrammen und die Solidarität der Gesellschaft gewährleistet sind. Der Ausbau des biologischen Landbaus bei gleichzeitiger Vertiefung alternativer Vermarktungsformen muss in der GAP prioritär vorangetrieben werden. Eine gentechnikfreie Landwirtschaft, ein europäischer Eiweißplan und ein qualifizierter Außenschutz sind notwendige Rahmenbedingungen dafür. Nach dem Klimavertrag von Paris ist der Humusaufbau in unseren Böden ebenso wichtig wie ein Stopp der industriellen Tierhaltung und eine schrittweise Veränderung unseres Ernährungsverhaltens.

LKÖ: Eine große Herausforderung stellt die Entbürokratisierung der GAP dar. Zielsetzung ist, hohe Teilnahmeraten an den angebotenen Maßnahmen zu erreichen, damit die Ziele der GAP wie Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, Aufrechterhaltung der Wertschöpfung und Beschäftigung im Ländlichen Raum oder Sicherung natürlicher Ressourcen erreicht werden können.

SPÖ Bauern: Die Fördermittel sind nach wie vor noch zu wenig spezifisch auf die bäuerlichen Familienbetriebe abgestimmt. Daher gehört nach wie vor eine Obergrenze eingezogen (50.000 Euro) und die dazu notwendige Mittelzuweisung erheblich vereinfacht. Großbetriebe und verbundene Unternehmen sowie nicht bäuerliche Familienbetriebe gehören ausgeschlossen. Es kann nicht sein, dass „Red Bull“ und „Telekom“ erhebliche Mittel aus diesem Programm erhalten.

3.) Wie positioniert sich Ihre Organisation zum 2-Säulen-Modell der GAP?

AK: Das Zwei-Säulen Modell versteht kein Mensch außerhalb der Szene. Es ist als Kompromiss entstanden, weil die GAP sich als nicht wirklich reformierbar herausgestellt hat. Die erste Säule ist einfach zu attraktiv für die Mitgliedstaaten, weil EU-Mittel verteilt werden, die keine nationale Kofinanzierung brauchen. Geld, das vom „Himmel“ fällt, so scheint es. Daher ist es auch so schwer, sie abzuschaffen. So lange nicht die gesamte GAP kofinanziert werden muss, wird es keine Bereitschaft zu effizienten und sparsamen Maßnahmen geben. Wenn public money for public goods gelten würde, bräuchte es diese zwei Säulen nicht.

BB: Wir sind für den Erhalt des 2-Säulen-Modells und lehnen eine Renationalisierung der Agrarreform ab. Die politischen Prioritäten werden nach 2020 neu geordnet – wir sehen die Gefahr, dass die 2. Säule in die Regionalpolitik integriert werden könnte und soziale Begehrlichkeiten mit Agrargeldern bezahlt würden. Demgegenüber erachten wir Programme zur Förderung von Junglandwirten oder Erleichterung der Vereinbarung von Beruf, Hof und Familie für unsere Bäuerinnen sehr als nachhaltig.

GBB: Das 2-Säulen-Modell ist historisch gewachsen, aber politisch nicht sakrosankt. Wichtig ist uns, dass die gesamten Finanzmittel der EU für die Landwirtschaft nicht wieder gekürzt, sondern sinnvoll umgeschichtet werden – sowohl in sozialer Hinsicht, als auch von der 1. Säule der Direktzahlungen hin zur 2. Säule der ländlichen Entwicklung. Ergänzungen im Bereich der Marktpolitik (z. B. Milchmengensteuerung) sind jedoch wichtig. Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen und nicht weitere Deregulierungen oder unnötige Bürokratisierung!

LKÖ: Die Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Struktur der GAP mit den zwei Säulen ist ein ganz zentraler Punkt. Die Finanzierung der ersten Säule der GAP muss weiterhin zur Gänze durch die EU erfolgen.

SPÖ Bauern: Die Säule 2 ist ein wichtiger Teil der GAP. Sie wird von den SPÖ Bauern unterstützt. Sie ist in vielen Fällen ein noch weiter zu entwickelnder Förderbereich.

4.) Schon bei der Reform für die derzeitige Periode gab es Forderungen, öffentliches Geld nur mehr für öffentliche Güter zu verwenden (public money for public goods) und die Prämienzahlungen der ersten Säule stufenweise abzuschaffen. Diese Forderung wird höchstwahrscheinlich auch in der Diskussion über die GAP post 2020 wieder laut werden. Wie steht Ihre Organisation zu dieser Forderung?

AK: Wenn diesmal public money for public goods wieder nicht durchsetzbar ist, ist die Reform das Wort Reform nicht wert.

BB: Die wesentliche Grundsatz-Logik der EU-Agrarpolitik ist die Bereitstellung von leistba-

Foto: Fian

ren Nahrungsmitteln. Günstige Lebensmittelpreise für Konsumenten werden de facto durch Ausgleichszahlungen finanziert. Mehr „public" geht eigentlich nicht.

GBB: Der Slogan „public money for public goods" findet unsere volle Zustimmung, allerdings darf nicht vergessen werden, dass die reale Lebenssituation der bäuerlichen Betriebe derzeit in einem großen Umfang von Direktzahlungen abhängt. Für uns ist die Erhaltung der bäuerlichen Arbeitsplätze auch im öffentlichen Interesse – Stichwort Ernährungssouveränität – daher muss die Agrarpolitik endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

LKÖ: Die Einführung der Direktzahlungen war und ist direkt verknüpft mit der Senkung der Agrarpreise in den wichtigsten Sektoren wie Milch, Rinder, Schafe und Ziegen sowie Ackerkulturen. Diese Zahlungen waren/sind stück- oder flächenbezogen. Die Ausgleichszahlungen haben eine wichtige Einkommensfunktion. Deren Gewährung ist an die Einhaltung von EU-Rechtsnormen in den Bereichen Tier-, Umwelt-, Natur- und Wasserschutz, Lebensmittelsicherheit sowie seit der letzten GAP-Reform zusätzlich das sogenannte „greening" – also umwelt- und produktionsrelevante Auflagen gebunden. Der FAO-food-Index belegt für die EU tatsächlich gesunkene landwirtschaftliche Erzeugerpreise in den meisten Sektoren bzw. eine Stagnation auf einem niedrigen Niveau gegenüber Steigerungen der Erzeugerpreise von über 100 % in allen übrigen Teilen der Welt. Auch diese niedrigen Rohstoff- und Lebensmittelpreise sind Teil der „public goods", da Europas Landwirte zu höheren Kosten und Standards als internationale Mitbewerber produzieren.

Entgegen den meisten hoffnungsvollen Prognosen betreffend die Agrarmärkte kann man von anhaltender schwieriger Marktlage und Depression sprechen, das zeigen u. a. die seit Jahren in Österreich rückläufigen landwirtschaftlichen Einkommen. Eine Kürzung oder ein Wegfall der Direktzahlungen wird daher strikt abgelehnt. Das 2-Säulen-Modell der GAP ist ein geeigneter Weg, um auf die zukünftigen Herausforderungen zu reagieren.

SPÖ Bauern: In der Land- und Forstwirtschaft stellt sich eine wesentliche Grundfrage, was öffentliches Gut ist. Die Landschaftspflege, der Naturschutz und der Tierschutz sind auch im öffentlichem Interesse, die aber den österreichischen Bauern in vielen Fällen nicht bzw. zu wenig abgegolten werden.

Wenn man nunmehr von Seiten der Konzerne beispielweise die Wasserversorgung und Wassergewinnung privatisieren will, kann es dann nicht auch noch dazu führen, dass diese Konzerne Fördermittel für die Erhaltung der Wasserversorgung bekommen.

Der in den vergangenen Jahren aufkommende Neoliberalismus ist gescheitert. Es gibt öffentliches Interesse, das wir zu schützen haben und das vom Staat zu erhalten und zu verwalten ist.

5.) Mehrere Akteur*innen, insbesondere auch Kleinbauernorganisationen, haben im Zuge der letzten GAP-Reformen eine Kopplung der Zahlungen der ersten Säule an den standardisierten Arbeitszeitbedarf der Betriebe gefordert. Wie steht Ihre Organisation zu derartigen Modellen?

AK: Keinesfalls sollen mit öffentlichen Geldern weiter Bodenrenten gefördert werden. Sofern die GAP ein Element der Einkommensstützung tragen soll, sollte sie den Arbeitsbedarf berücksichtigen. Am besten jedoch gekoppelt mit der Erbringung öffentlicher Güter. Die von einigen Professoren angedachte Überlegung, dass Einkommensstützung eher in die Sozialpolitik gehört, sollte aufgegriffen werden. Für viele Kleinbetriebe und Betriebsformen wäre die Schaffung von regionalen Arbeitsplätzen eine bessere Absicherung ihres Arbeits- und Lebensplatzes Bauernhof als es teure Flächenzahlungen sind.

BB: Österreich hat mit der letzten GAP-Reform eine eigene Kleinerzeuger-Reglung geschaffen. Eine gesamteuropäische Vorgehensweise in dieser Frage ist weiterhin extrem unwahrscheinlich. Grund dafür ist die stark heterogene Landschaft der Betriebstypen in der EU. Eine Renationalisierung ist nicht zielführend.

GBB: Standardisierte Arbeitszeit-Kalkulationen für Betriebe können eine Hilfe darstellen, um Ungleichgewichte im Fördersystem zu erkennen und Maßnahmen zu ergreifen diese auszugleichen. Eine mögliche Diskriminierung von Bäuerinnen und Bauern im Nebenerwerb durch solche Modelle ist jedoch nicht ganz auszuschließen. Wichtig ist, die Freiheit der betrieblichen Entwicklung im Rahmen einer ökologischen Kreislaufwirtschaft und den Erhalt des bäuerlichen Arbeitsplatzes in den Mittelpunkt der nächsten GAP-Reform zu stellen.

LKÖ: Wie die Analysen und Diskussionen der Vergangenheit auf EU- und nationaler Ebene gezeigt haben, ist die objektivierte Standardisierung personen- oder AK-bezogener Zahlungen sehr schwierig. Dies hängt auch mit der extrem unterschiedlichen Produktionsstruktur in der EU-28 zusammen – von sehr kleinen subsistenzwirtschaftlich geprägten Einheiten bis zu sehr großen Einheiten, umgelegt auf verschiedene Produktionssparten, ist die Palette sehr groß. EU-Mittel unterliegen strengen Vorgaben hinsichtlich ihrer Mittelverwendung, eine Renationalisierung ist nicht zielführend.

Das österreichische Marktordnungsgesetz sieht bereits jetzt eine Regelung für Klein-

erzeuger vor. Aus heutiger Sicht wurde dazu noch kein Änderungsbedarf erkennbar.

SPÖ Bauern: Ja, wird sind entschiedene Vertreter der Ansicht, dass ausschließlich die Arbeitskraft und nicht die Betriebsgröße bestimmend sein muss. Ein hoher Automatisierungsgrad und eine begünstigte Betriebsfläche kann nicht einer bergbäuerlichen Betriebsstruktur gleich gesetzt werden.

Daher hat dies auch in Zukunft vermehrt in der Förderung berücksichtigt zu werden.

6.) Instrumente zur Marktregulierung, wie öffentliche Lagerhaltung, Interventionspreise und Mengensteuerungsinstrumente waren historisch ein wesentlicher Bestandteil der GAP. Im Zuge der letzten Reformen wurden sie kontinuierlich abgebaut. Spricht sich Ihre Organisation für eine Wiederbelebung derartiger Steuerungsinstrumente im Zuge der GAP post 2020 aus oder befürworten Sie einen weiteren Abbau bzw. ein Beibehalten auf niedrigem Niveau?

AK: Quoten und Investitionssysteme sind keine Frage des Wollens sondern des Funktionierens. Quoten haben nicht mehr funktioniert, weil die Produktionsmengen EU-weit trotzdem über die Marktverhältnisse gestiegen sind. Dadurch ist auch die Exportabhängigkeit gestiegen, sowohl in Österreich als auch in der gesamten EU. Ein erheblicher Teil der großen Betriebe will wachsen und macht entsprechend Druck. Wenn diese Großbetriebe, die ohnehin billiger produzieren können, auch noch höhere Subventionen bekommen, ist das Problem perfekt. Besser als Quoten wären wirksame Produktionsauflagen. Eine ökologische Milchproduktion mit Freilandhaltung und kuhgerechter Ernährung schafft keine Erträge jenseits der 8.000 Liter. Ebenso kann ein Düngemanagement, das keine Nitratprobleme verursacht, die Produktionssteigerung in Grenzen halten. Durch messbare ökologische Auflagen könnte demnach auch die Produktionsausweitung in Grenzen gehalten werden. Voraussetzung ist allerdings, dass es für ein „normales" Produktionsverhalten kein öffentliches Geld mehr gibt. Neben der Abgeltung durch öffentliche Mittel kann der Markt diese Produktionsweise belohnen. Das Erfolgsmodell Bio-Heumilch ist ein gutes Beispiel dafür. Hier haben sich die Preise trotz allgemeiner schwieriger Marktlage anhaltend positiv entwickelt.

Foto: Creative Commons

BB: Durch die starken Konzentrationstendenzen im Handelssektor (Lebensmitteleinzelhandel sowie Großhandel), von der sämtliche EU-Mitgliedsstaaten betroffen sind, wurden die Spielräume der Landwirtschaft zur Preisgestaltung in den letzten Jahren geringer. Wo Marktsteuerung vor diesem Hintergrund sinnvoll erscheint und Druck aus den Märkten nimmt, sind wir für derartige Maßnahmen, ja können uns den Ausbau von Steuerung einerseits, Kontrollmechanismen andererseits vorstellen. Der Bauernbund setzt sich entschieden für mehr Transparenz entlang der Wertschöpfungskette von Agrarprodukten ein (Bsp. Vorschlag eine Agrarmarkt-Control einzurichten) – verschiedene Modelle für stärkere Kontrolle der Preisbildung und Schutz der Lieferanten vor Preisdiktat werden derzeit auf EU-Ebene diskutiert.

GBB: Marktregulierungen sind in zweierlei Hinsicht wichtig: Einerseits was die Produktionssteuerung (Menge) – andererseits was die Qualitäten (Standards) der Produkte betrifft. Voraussetzung dafür, dass Marktregulierungen tatsächlich greifen, ist jedoch die Etablierung eines gewissen Außenschutzes. Produkte, die europäischen Standards nicht genügen, sollen in Zukunft auch nicht mehr importiert werden dürfen!

LKÖ: Wie von ÖBV-Via Campesina Austria beschrieben, hat die Deregulierung zu schwierigen Entwicklungen auf den Märkten in den letzten Jahren geführt, die für nachhaltig und biologisch wirtschaftende Betriebe gleichermaßen zu existenziell schwierigen Rahmenbedingungen geführt haben. Der weitere Abbau von Steuerungsinstrumenten erscheint daher nicht sinnvoll. Die Arbeiten an einer zukünftigen GAP werden sicherlich auch eine Diskussion um neue Maßnahmen mit sich bringen.

SPÖ Bauern: Wir befürworten eine sinnvolle Förderung von Marktregulierungsmaßnahmen durch die GAP. Wir wollen aber festhalten, dass das Geld vor allem direkt zu den Betrieben fließen muss und dies mit dem Ziel, alternative Produktionen zu fördern und die betriebswirtschaftliche Überlebensfähigkeit unserer Familienbetriebe zu sichern.

7.) Obergrenzen und eine Modulation/Degression von Direktzahlungen waren heftig umstrittene Themen bei den letzten Reformen der GAP. Wie positioniert sich Ihre Organisation zu diesen Themen?

AK: Wenn public money for public goods gelten würde, wäre diese Frage zum Großteil hinfällig. Denn der einkommensbezogene Teil der Förderung müsste wie alle Sozialleistungen pro Kopf limitiert werden. Da sprechen wir dann von ganz anderen Grenzen als sie derzeit existieren. Für die Kalkulation der Zahlungen von Umweltleistungen darf nicht auf die Betriebskostendegression vergessen werden. Dafür braucht es eine transparente Berechnung der Degression/Modulation.

BB: Degression ist in Österreich Realität. Es waren zuletzt immer die Interessen der deutschen und osteuropäischen Wirtschaftspolitik, gegen die sich keine Mehrheit für Obergrenzen bilden konnte.

Foto: Sonia Melo

GBB: Die Umschichtung von Direktzahlungen – sprich die stärkere Förderung der ersten 30 Hektar landwirtschaftlicher Fläche bei gleichzeitiger Degression für die Flächen darüber hinaus muss im Rahmen eines EU-weit verbindlichen Modells umgesetzt werden. Die bisherigen Obergrenzen sind deutlich zu senken!

LKÖ: Das Marktordnungsgesetz sieht diesbezügliche Regelungen vor. Aus heutiger Sicht gibt es dazu keinen Änderungsbedarf.

SPÖ Bauern: Die Fördermittel sind nach wie vor noch zu wenig spezifisch auf die bäuerlichen Familienbetriebe abgestimmt. Daher gehört nach wie vor eine Obergrenze eingezogen (50.000 Euro) und die dazu notwendige Mittelzuweisung erheblich vereinfacht.

8.) Zum Programm für Ländliche Entwicklung: Die Frage, welche budgetäre Aufteilung zwischen Maßnahmen, die in erster Linie landwirtschaftliche Akteur*innen adressieren sollen und Vorhaben, die den ländlichen Raum als Gesamtes betreffen, hat in der Vergangenheit für Diskussionen gesorgt. Wie steht Ihre Organisation dazu?

AK: Gute und umfassende Programme für die ländliche Entwicklung sind von großer Wichtigkeit und sollten EU-weit weiterentwickelt und stärker unterstützt werden. Es gibt sehr viele ländliche Regionen in EU-Ländern, die dringend Initiativen brauchen, sonst drohen weitere soziale Probleme in der gesamten EU. Ein Ansatz dazu sind die sozialen Dienstleistungen, die schon längere Zeit im Programm möglich, aber nur sehr spärlich budgetiert sind. Solange die eigentlichen Bedürfnisse der ländlichen Regionen nicht einbezogen werden, wird das Programm für ländliche Entwicklung seinem Namen nicht gerecht. Denn ländliche Entwicklung bezieht sich nicht auf einen Sektor. Ein echtes Programm für den ländlichen Raum sollte regionalpolitisch aufgesetzt werden. Die Aufteilung und Schwerpunktsetzung könnte dabei von Region zu Region unterschiedlich ausgestaltet werden. Daraus würde sich auch die Mittelverteilung ergeben.

BB: Im Zentrum unseres Interesses stehen die bäuerlichen Familienbetriebe. Diese sind jedoch in den Kontext funktionierender ländlicher Räume eingebettet. Umverteilungen von Agrargeldern in Projekte zur Arbeitsplatzschaffung oder Co-Finanzierung kommunaler Dienstleistungen stehen wir aber weiterhin skeptisch gegenüber bzw. lehnen wir ab. (Siehe oben: Regionalpolitik bzw. Strukturpolitik).

GBB: Diskussionen sollte es auch innerhalb der Landwirtschaft geben: Die starke Anhebung des Gesamtvolumens der Investitionsförderungen um 25 % trägt zu einer eminenten Förderdisparität zwischen Wachstumsorientierten (ca. 16 % der österreichischen Betriebe) und jenen die den Bestand erhalten wollen (etwa 2/3 der Betriebe) bei. Eine moderate Verwendung der Mittel der ländlichen Entwicklung für soziale Dienstleistungen und Ausbau von Breitbandnetzen ist dann vertretbar, wenn die ÖPUL-Mittel wieder erhöht werden und die Preissituation für landwirtschaftliche Produkte sich nachhaltig stabilisiert.

LKÖ: Die Ländliche Entwicklung ist mit dem Agrarumweltprogramm (ÖPUL), dem Programm für das Berg- und benachteiligte Gebiet (AZ) und dem Investitionsschwerpunkt das wesentliche Element der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Österreich. Die Ländliche Entwicklung wird aus dem EU-Landwirtschaftsfonds finanziert. Daher ist entscheidend, dass die Maßnahmen auch der Landwirtschaft, den Bäuerinnen und Bauern zu Gute kommen und nicht für außerlandwirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Für den außerlandwirtschaftlichen Bereich sind auf EU-Ebene Strukturfonds eingerichtet, diese müssen für die Regionen, den ländlichen Raum auch entsprechend genutzt werden. Die zukünftige Gestaltung der Maßnahmen und die Schwerpunkte der Finanzierung für die Land- und Forstwirtschaft sind daher eine der Prioritäten der Landwirtschaftskammer Österreich.

SPÖ Bauern: Die budgetäre Aufteilung muss auch in Zukunft zugunsten der bäuerlichen Familienbetriebe umgesetzt werden. Da diese kleinstrukturierten Betriebe öffentliche Leistungen erbringen, muss man dort auch die Mittel zufließen lassen. Es sind heute viele Projekte und damit viele Mittel in organisatorischen Vorfeldorganisationen geparkt, wie etwa den Landwirtschaftskammern oder den durch die Länder organisierten Regionalmanagements (Leaderregionen). Der Verwaltungsaufwand ist hier viel zu hoch.

Irmi Salzer
Pressesprecherin der ÖBV-Via Campesina Austria

Anmerkung der Redaktion: Die Wirtschaftskammer antwortete auf unsere Anfrage: „Zu den meisten Fragen beziehen wir als Wirtschaftskammer grundsätzlich keine Stellung, da unsere Mitglieder nicht betroffen sind."

GEMEINSAME (?) AGRARPOLITIK

Als Irmi Salzer mich bat, einen Artikel über die GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) zu schreiben, dachte ich mir, da weiß ich eigentlich zu wenig darüber.

VON EWALD GRÜNZWEIL

Was ich wusste ist, dass irgendwann in den 1950er Jahren unter anderem folgende Ziele beschlossen wurden: die Konsument*innen in Europa mit einheimischen Lebensmitteln zu versorgen und den Bäuerinnen und Bauern ein angemessenes Einkommen zu sichern. Diese Ziele wurden mit der so hochgelobten Liberalisierung der Märkte und der Gründung der WTO total aufgeweicht und außer Kraft gesetzt. Deshalb habe ich auf der Homepage unseres Ministeriums über die GAP nachgelesen und folgende Textpassagen gefunden:

… So gibt es begleitend zum Auslaufen der Mengensteuerung im Milchbereich mit 2015, der sogenannten Milchquote, ein umfassendes „Milchpaket". Es dient dem Zweck die Verhandlungsposition der Erzeuger im Milchsektor nachhaltig zu stärken, wurde bereits im Vorfeld der GAP-Reform beschlossen und nun bestätigt. Der ursprüngliche Beschluss des Auslaufens der Weinpflanzrechte, also des Rechts zur Neuanlage von Weingärten in den einzelnen EU-Ländern, wurde nach massivem Druck seitens der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments abgeändert. Durch die neue Regelung ab 2016 („Autorisierung von Pflanzungen" im Ausmaß von +1 % der bisherigen Fläche pro Jahr bis 2030) ist sichergestellt, dass jeder Mitgliedstaat sein Produktionspotential nach den eigenen Vorstellungen entwickeln kann und es zu keinem unkontrollierbaren Anwachsen der Flächen kommt. Das bisherige System mit Zuckerquotenregelung, Mindestpreisen und Außenschutz wird bis 2017 weitergeführt und dann voraussichtlich durch eine Zuckerbranchenvereinbarung zwischen Produzenten und Verarbeitern abgelöst. Mit dieser Regelung ist es gelungen, den Rübenbauern und der Verarbeitungsindustrie auch weiterhin Planungssicherheit zu geben.

Sie werden schöne Worte finden

Das hört sich alles recht gut an. Nur sind schon kurz nach dem Auslaufen der Milchquote die europäischen Milchbauern und -bäuerinnen mit elendigsten Milchpreisen konfrontiert. Eineinhalb Jahre nach Abschaffung der Mengensteuerung wird laut nach Mengensteuerung gerufen – von denen, die sie abschafften. Und es wird Mengensteuerung gemacht und Steuergeld dafür verbraten. Aber gleichzeitig lese ich von Quotenregelungen (ich nenne das so) bei Wein und Rüben. Da denke ich mir, hier läuft doch einiges schief und ist ganz nebenbei auch ziemlich ungerecht. Und dann lese ich weiter über:

Die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft

Die neue GAP leistet den österreichischen Bauern und Bäuerinnen Gewähr dafür, auch weiterhin eine flächendeckende, wettbewerbsfähige, nachhaltige, multifunktionale Landwirtschaft zu betreiben. Zusätzlich ermöglicht sie Junglandwirtinnen und Junglandwirten, deren Perspektiven in der Landwirtschaft zu verbessern und sie positiv in die Zukunft blicken zu lassen. Der neuen GAP werden aber auch wirksame Instrumente zur Seite gestellt, die es unseren Bäuerinnen und Bauern erlauben, Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft finden zu lassen …

Und dann noch diese schönen Worte wie „Perspektiven verbessern", oder „positiv in die Zukunft blicken können". Viele ganz andere Aussagen hört man von Bauern und Bäuerinnen im Film „Bauer Unser" (Kinostart 11.11.16).

Diese GAP mit ihrer Ausrichtung auf Weltmarkt und Wettbewerb ist nicht gut für uns Bäuerinnen und Bauern. Das G für Gemeinsam könnte genauso gut für Gegeneinander stehen. Nämlich die Bäuerinnen und Bauern in Europa gegeneinander antreten zu lassen unter dem schönen Ausdruck Wettbewerb(sfähigkeit). Der „Erfolg" dieses schwachsinnigen Wettbewerbes sieht so aus, dass in den letzten Jahren in der EU alle eineinhalb Minuten (!) ein Betrieb geschlossen hat. Gemeinsamkeit sieht für mich anders aus!

Und deshalb bin ich froh, dass die ÖBV gemeinsam mit der IG-Milch und der Wir-haben-es-satt-Plattform versucht, hier Druck für eine positive Veränderung der GAP aufzubauen. Denn der gesellschaftliche Druck macht Veränderungen möglich.

Ewald Grünzweil
Obmann der IG Milch

ZU VIEL FLEISCH SCHAFFT PROBLEME

Der Hunger nach Fleisch hat schwerwiegende Konsequenzen – im globalen Süden und auch bei uns.

VON SIGRUN ZWANZGER

Rund 60 kg Fleisch essen die Österreicher*innen durchschnittlich pro Person und Jahr. Das ist um einiges mehr als aus Gesundheitsgründen z. B. der Gesundheitsfonds Steiermark vorschlägt (19,3 kg) oder die FAO mit überhaupt nur 7 kg pro Jahr. Unser enorm hoher Fleischkonsum hat aber nicht nur Auswirkungen auf uns selbst, sondern vor allem auch auf Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Um die Tierzucht möglichst effizient zu gestalten, werden vor allem Eiweißfuttermittel eingesetzt, damit möglichst schnell das Schlachtgewicht oder eine höhere Milchleistung erzielt werden kann. Aber woher kommen diese Eiweißfuttermittel? Österreich ist der viertgrößte Sojaproduzent innerhalb der EU, kann aber seinen Bedarf an Soja bei weitem nicht decken und importiert mehr als 500.000 Tonnen Sojaschrot pro Jahr für die Tierzucht. In der gesamten EU beträgt der Selbstversorgungsgrad mit Eiweißfuttermitteln rund dreißig Prozent, der Rest wird importiert.

Ein Großteil der importierten Futtermittel stammt aus Lateinamerika – hier vor allem aus Argentinien, Brasilien oder Paraguay, wo die Ausdehnung der agroindustriellen Sojaplantagen schwerwiegende Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung, aber auch auf die Umwelt hat.

Gewalt, Umweltschäden und Gesundheitsfolgen

Soja wird in diesen Ländern vor allem von Großgrundbesitzern aber auch zunehmend von nationalen wie auch internationalen Konzernen angebaut. Die Dimensionen solcher Plantagen sind gewaltig. Plantagen mit über 20.000 Hektar sind keine Seltenheit. Damit so große zusammenhängende Flächen überhaupt entstehen können, wird die lokale Bevölkerung mit brutalsten Methoden von ihrem Land vertrieben. Einschüchterungen, Drohungen und sogar Mord stehen auf der Tagesordnung. Erschwerend kommt dazu, dass die Kleinbäuerinnen und -bauern oft keine offiziellen Landtitel haben, obwohl sie das Land seit Generationen bewirtschaften. Immer wieder „kaufen" sich Großgrundbesitzer Landtitel. Auch wenn die Menschen es schaffen, ihr Land zu verteidigen, so leben sie oft zwischen riesigen Sojaplantagen, die ihnen keine Arbeit bieten und sind auch von massiven Umweltauswirkungen betroffen. Der Pestizideinsatz auf diesen Plantagen ist enorm, Brasilien hat den größten Pro-Kopf-Verbrauch von Pestiziden weltweit. In Brasilien beträgt der Anteil von Soja aus gentechnisch verändertem Saatgut ca. 90 Prozent, in Argentinien liegt er fast bei 100 Prozent. Der massive Pestizideinsatz bedingt auch die Verseuchung des Grundwassers und die Zerstörung von Kulturen von Kleinbäuerinnen und -bauern, die in der Region leben, da die Pestizide vielfach via Flugzeug verspritzt werden und durch den Wind oft kilometerweit weitergetragen werden. Hauterkrankungen, Fehlgeburten wie auch Missbildungen bei Mensch und Tier liegen in Sojaanbaugebieten weit über dem landesweiten Durchschnitt.

Auch die Umwelt leidet unter dem weltweit steigenden Fleischhunger. Immer mehr wertvolle Waldflächen werden direkt oder indirekt für die Sojaproduktion abgeholzt. Auch politische Maßnahmen ändern nicht sehr viel an dieser Tatsache. Im Juni 2016 wurde zwar das Sojamoratorium in Brasilien auf unbefristete Zeit verlängert. Es verbietet Händlern, Soja weiterzuverkaufen, das von Flächen stammt, die nach 2008 abgeholzt wurden. Umgangen wird das Moratorium aber damit, dass vor allem Weideflächen in Sojaplantagen umgewandelt werden. Um neue Flächen für die Tierhaltung zu schaffen, werden im Endeffekt aber wieder Regenwälder gerodet.

Nicht zuletzt zählen auch die Bauern und Bäuerinnen in Österreich zu den Verlierer*innen des derzeitigen Agrarsystems. Fleisch ist wohl das einzige Lebensmittel, das in den letzten 40 Jahren billiger geworden ist. Heute kostet ein Kilo Schweinsschnitzel oft nur noch 4 Euro oder sogar noch weniger, während Angebotsfleisch in den Siebzigern umgerechnet rund 5 Euro gekostet hat. Auch aufgrund des massiven Preisdrucks haben in den letzten 10 Jahren über 50 % der Schweinezuchtbetriebe, vor allem kleine Höfe, die Produktion eingestellt. Der Trend zu immer größeren Betrieben hält an; dem Druck, möglichst billig zu produzieren, halten viele Bäuerinnen und Bauern nicht stand. Der Jahrzehntelange Anbau von Mais in Monokultur für die Schweinemast hat zu starkem Schädlingsbefall geführt und es gibt Probleme mit der Grundwasserqualität in Gegenden mit intensiver Tierzucht.

Es braucht im Bereich Fleischkonsum, Tierzucht und auch in Hinblick auf eine auch in der Zukunft tragfähige Landwirtschaft, die auf Ernährungssouveränität aufbaut, ein massives Umdenken auf vielen Ebenen. Auf Ebene der Konsument*innen braucht es die Bereitschaft, weniger zu konsumieren (und auch weniger wegzuwerfen), dafür aber zu Preisen einzukaufen, von denen die Bauern und Bäuerinnen in Österreich und anderswo leben können. Die Politik muss innerhalb der GAP das Fördersystem drastisch ändern und auch Maßnahmen setzen, die die Abhängigkeit von Flächen außerhalb von Europa reduzieren. Und letztendlich geht es auch darum, endlich die Erkenntnisse des Weltagrarberichts anzuerkennen und umzusetzen. Denn noch immer ernähren weltweit Kleinbauern und -bäuerinnen 70 % der Weltbevölkerung und nicht Konzerne.

Sigrun Zwanzger
Mitarbeiterin im Welthaus Graz

SCHUTZSUCHENDE ALS GESUCHTE ARBEITSKRÄFTE

Was erwarte ich mir von der neuen GAP? Die Förderung von Arbeitsplätzen wäre ein guter Anfang.

VON JOHANN SCHAUER

Foto: Margit Gruber

Helfende Hände sind meist willkommen und die Arbeit am Hof lädt geradezu ein zum gemeinsamen Schaffen. Umso verwunderlicher ist es, dass die sogenannte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) die Bauern und Bäuerinnen ironischerweise dabei unterstützt, ihre Arbeit alleine bewältigen zu können und von Maschinen erledigen zu lassen. Technischer Fortschritt und Investitionsförderprogramme machen dies möglich. Ganz nach dem Motto: Arbeitskräfte hatte man früher, heute könne man sich das nicht mehr leisten. Schade, dass der Erhalt und die Förderung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft vom Förderwesen so stiefmütterlich behandelt werden.

Arbeit gibt's genug

Keine Frage, es hat ein unglaublicher Strukturwandel stattgefunden in der Landwirtschaft. Ich will zwar keine „guten alten Zeiten" herbeisehnen, andererseits möchte ich auch nicht alleine dastehen mit der vielen Arbeit, mit der ich als Viehhalter konfrontiert bin. Gelegentliche Besuche von Kundendienstmitarbeiter*innen irgendwelcher Automatisierungseinrichtungen sind damit jedoch nicht gemeint und die bedingungslose Mithilfe von Familienmitgliedern ebenso wenig.

Andererseits erscheint es jedoch übertrieben, am Bauernhof Angestellte zu haben, ohne zusätzliche Betriebszweige wie beispielsweise Direktvermarktung vorweisen zu können. Wenn auf familienfremde Arbeitskräfte zurückgegriffen wird, sind es meist Freund*innen, Woofer*innen, Sommergäste oder auch Praktikant*innen. Letztere geben bereits einen Vorgeschmack darauf, was es heißt, eine Person offiziell anzustellen, da mit einer Überprüfung des Betriebes durch die Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitsinspektion zu rechnen ist. Dennoch habe ich gerade die Beschäftigung von Praktikant*innen als große Bereicherung empfunden. Der Schritt zur Ausbildung eines Lehrlings ist dann eigentlich gar nicht mehr so weit.

Der Verantwortlichkeitsbereich der GAP ist längst überschritten, dafür nähert man sich einer Abkürzung namens AMS. Ausbildungswillige Inländer*innen nehmen jedoch meist den Besuch der einschlägigen Fachschulen in Anspruch. Fündig wurde ich im sogenannten Containerdorf für Asylwerber*innen im Nachbarort. Die vorwiegend jungen Männer dort wirken sympathisch und sprechen gut Deutsch. Einer von ihnen geht nun bei mir in die Lehre. Er hat echte Freude an der Arbeit, genießt den Familienanschluss und wird voraussichtlich nächstes Jahr in die Berufsschule einberufen. Den Traktorführerschein habe ich ihm schon in Aussicht gestellt. Hoffentlich darf er bleiben.

Johann Schauer
Jungbauer in Oberösterreich und Vorstandsmitglied der ÖBV-Via Campesina Austria

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT STATT PRODUKTIONSWAHN

Die Erzeugung von ausreichend hochwertigen Lebensmitteln und deren gerechte Verteilung ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

VON SEBASTIAN THEISSING-MATEI

Das Thema „Nachhaltigkeit" schreiben sich alle Produktionssysteme, auch die konventionellen, auf die Fahnen. Dabei werden die Schäden der industriellen Landwirtschaft immer offensichtlicher: Wasserverschmutzung, Rückgang der Artenvielfalt, steigender Pestizideinsatz, übernutzte Böden und gerodete Wälder sind nur einige Beispiele. Greenpeace ist überzeugt, dass nur eine an ökologischen Prinzipien ausgerichtete Landwirtschaft in Zukunft die Welternährung dauerhaft sichern kann.

Der maßgebliche Rahmen für die Entwicklung der Landwirtschaft in Europa ist die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union, kurz GAP. Sie bevorzugt vor allem große und industrialisierte Betriebe, denn hier gilt: Je größer der Betrieb, desto höher die Förderbeträge. Kleine Betriebe kommen dadurch vermehrt unter Druck.

Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union belohnt also all jene, die auf Industrialisierung, Intensivierung, Wachstum und hohe chemische Inputs, wie zum Beispiel Pestizide oder chemische Düngemittel setzen. Mit gravierenden Folgen für Mensch und Umwelt: 50 Prozent aller Oberflächenwasserkörper in Europa sind von Verschmutzung aus landwirtschaftlichen Quellen betroffen, sowie 33 Prozent aller Grundwasserkörper. Wenn wir das Ruder nicht herumreißen, werden bis zum Jahr 2050 mehr als 30 Prozent der gesamten EU-Emissionen durch die Landwirtschaft verursacht.

Die Biodiversität auf Ackerland nimmt weiterhin ab. Das betrifft einerseits den Artenreichtum von Tier- und Pflanzenarten, wie Vögel, Wildbienen und Schmetterlinge, deren Lebensraum landwirtschaftliche Flächen sind. Andererseits betrifft das auch die Agro-Biodiversität, also die genetische Vielfalt der Pflanzensorten und Zuchttiere. Das wirft große Bedenken in Bezug auf die Widerstandsfähigkeit solcher Agrarsysteme auf, wenn hier aus einem stetig kleiner werdenden Genpool geschöpft wird.

Nicht zuletzt führt die Nachfrage nach billigen Futtermitteln für die Tierhaltung in Europa zu gravierenden Umweltschäden auf anderen Kontinenten, wie zum Beispiel Südamerika, etwa durch Entwaldung für Monokulturen oder dem massiven Einsatz von Pestiziden und Gentechnik.

Das politische und wirtschaftliche Kalkül hinter der GAP

Die politische und wirtschaftliche Strategie für die Landwirtschaft in Europa wird maßgeblich von einer Argumentation geprägt, die zunächst einleuchtend klingen mag: Da die Weltbevölkerung rasant wächst, müssen wir in Europa die Produktion erhöhen. Alles, damit wir die Welt ernähren können. Doch schon jetzt produzieren wir bereits fast doppelt so viele Nahrungsmittel, wie wir eigentlich benötigen. Der Welthunger konnte dadurch aber bis heute nicht gestillt werden – aufgrund der ungerechten Verteilung. Darüber hinaus wird gut ein Drittel aller Nahrungsmittel entlang der Wertschöpfungskette weggeworfen und ein weiteres Drittel an Tiere verfüttert. In den reichen Industrienationen produzieren wir zu viel und konsumieren zu ineffizient. Somit ist die jetzige Strategie falsch. Sie bedient in erster Linie die Profitinteressen großer Betriebe mit viel Kapital sowie der Agro-Chemie-Industrie, die chemische Inputs wie Pestizide und Kunstdünger herstellt und verkauft.

Doch wie könnte das Problem gelöst werden? Bäuerinnen und Bauern im globalen Süden sollten dabei unterstützt werden, die Quantität und Qualität ihrer Produktion vor Ort zu verbessern. Industrienationen hingegen sollten vor allem auf bessere Qualität setzen und nicht auf zusätzliche Produktionskapazitäten.

Für die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union bedeutet das einerseits, dass sie ökologischer werden muss. Förderungen müssen vor allem jenen zukunftsweisenden Bäuerinnen und Bauern zugute kommen, die mit innovativen, ökologischen Systemen umweltverträgliche und gesunde Nahrungsmittel produzieren. Andererseits bedeutet es auch, dass die GAP Landwirtinnen und Landwirte im globalen Süden unterstützen muss, anstatt diese wie bisher mit subventionierten Billigstnahrungsmitteln aus dem Markt zu drängen.

Sebastian Theissing-Matei
Mitarbeiter von Greenpeace

kurz & bündig

irmi

FOOD SECURITY

Die Homepage www.ernährungssouveränität.at gibt es seit einigen Jahren. Dort kann mensch Aktuelles und Wissenswertes rund um die österreichische Bewegung für Ernährungssouveränität nachlesen, sich über den Nyéléni-Prozess informieren und Veranstaltungstipps bekommen. Seit kurzem gibt es eine neue Homepage, die sich auf den ersten Blick mit ähnlichen Themen befassen könnte. Blickt mensch jedoch auf (und hinter) www.foodsecurity.at, dann tun sich Gräben zwischen den beiden Welten auf.

„FOODSECURITY.at" ist ein Netzwerk aus vier österreichischen Institutionen, die sich mit dem gesamten Themenbereich Food Security beschäftigen", ist dort zu lesen. Die Institutionen entpuppen sich als die AGES (die österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit), die AMA, das AWI (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, ein Institut des Landwirtschaftsministeriums) und die (bis dato zumindest in unseren Kreisen unbekannte) ICC (Internationale Gesellschaft für Getreidewissenschaft und -technologie).

„Food Security und damit die Verfügbarkeit von hochwertigen, sicheren Lebensmitteln für ein erfülltes Leben wird mit den Auswirkungen des Klimawandels, der Erhaltung der Biodiversität und der Ressourceneffektivität und -effizienz als eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts betrachtet", so steht es weiter auf der Homepage.

Das klingt ja vielversprechend, denkt sich die Lobbyistin für Ernährungssouveränität. Eventuell könnte es da neue Allianzen im Kampf für nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Agrarsysteme geben. Eine erste Enttäuschung erlebt sie, als sie sich für die Fachtagung des Netzwerks anmelden will: „Mahlzeit – Gibt's auch morgen noch genug zu essen? (Rahmenbedingungen für die Ernährungssicherung der Zukunft)", so heißt die Tagung Mitte Oktober, da gäbe es viel zu diskutieren – doch für wohlfeile 150 Euro für insgesamt 6,5 Stunden incl. Mittagspause. Mann weiß wohl, welche Sorte von Teilnehmer*innen mann dort haben will. Für kleine Organisationen wie die ÖBV sind derartige Teilnahmegebühren jedenfalls ein Ausschlussgrund.

Aus Perspektive der Veranstalter*innen war das wohl auch gewollt. Wo sonst, außer im geschützten Rahmen, würde sonst so schamlos behauptet, dass die Biolandwirtschaft zum Hunger in der Welt beitrage? Laut einem Bericht von „Blick ins Land"

„erklärte Thomas Resl, Leiter der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, AWI, zum Thema ‚foodsecurity', die Bioerträge seien deutlich niedriger als bisher angenommen. Er verwies dabei auf eigene Studien, wonach der Ertrag bei Bio-Getreide lediglich zwei Drittel des Ertrags von konventionellem Getreideanbau ausmache. Bei Bio-Kartoffeln sei es gerade mal die Hälfte, bei Zuckerrüben sei die Differenz mit immerhin 73 Prozent etwas kleiner. Der Bio-Anbau liege zwar im Trend, aber weit überwiegend mit mageren Ergebnissen – außer in trockeneren Ungunstlagen. Dort würden manche Kulturen wie Soja sogar bessere Erträge liefern. Resl ist übrigens selbst nebenher Biobauer im Waldviertel. ‚Weil es sich rechnet', wie er sagte.

Ähnlich argumentierte Alois Leidwein, Bereichsleiter für Forschung bei der AGES – und konventionell wirtschaftender Nebenerwerbslandwirt im Weinviertel. Eine flächendeckende Umstellung auf Biolandwirtschaft, so das von ihm skizzierte Szenario, würde zu einer massiv steigenden Importabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung führen, ergaben seine Studien. Auch brauche man dafür eine Million Hektar Anbauflächen mehr. Zudem würden für die Bio-Fruchtfolge notwendige, brachliegende Flächen auch in Österreich in der weltweiten Produktion fehlen. Und damit mit zum Hunger in der Welt beitragen.

Würde die Alpenrepublik dagegen alle ertragssteigernden, konventionellen Produktionsmethoden mit Agrochemie und Grüner Gentechnik nutzen, würde der Flächenverbrauch – bei gleichbleibender Erzeugung – um 300.000 Hektar sinken', so der AGES-Fachmann.

Angesichts solch haarsträubenden Unsinns, der noch dazu mit Steuergeldern finanziert wird, können wir uns dem Resümee von Alfons Piatti, Bio-Urgestein und früherer Obmann der Arge Biolandbau nur anschließen: „Es war eine Tagung der Themenverfehlung, daher verschwendetem Steuergeld und Überschreitung der Kompetenzen der Tagungsorganisatoren mit tendenziös biolandbaufeindlicher Ausrichtung."

Quelle: http://www.blickinsland.at/

AUSVERKAUF DER LANDWIRTSCHAFT

In der neuen Studie „Selling off the farm" wird beschrieben, was viele von uns schon lange ahnen: Mit TTIP übernehmen Agrarkonzerne, nicht nur, aber vor allem im Bereich der Fleischproduktion, das Ruder. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie.

VON SHARON TREAT UND SHEFALI SHARMA

Durch TTIP wird sich die industrielle Fleischproduktion in Form von sogenannten „Tierfabriken" weiter ausweiten und außerdem schneller in die Hand von großen Konzernen übergehen. Das Abkommen stärkt nämlich die Position transnational produzierender Unternehmen, und nicht die bäuerliche Landwirtschaft. Mit der Minimierung bzw. dem Wegfall von Zöllen wird die EU-Fleischproduktion weniger wettbewerbsfähig und der Druck auf die EU-Politik, immer günstigere industrielle Verfahren zu genehmigen, immer höher. Dadurch werden die Umwelt- und Gesundheitskosten jedoch weitestgehend auf die Öffentlichkeit abgewälzt. Außerdem wird TTIP eine abschreckende Wirkung auf zukünftige Regulierungen für besonders umstrittene Verfahren der industriellen Fleischproduktion entfalten, besonders, wenn diese neuen Gesetze mit einem Kostenanstieg einhergehen.

„Harmonisierung" senkt die Standards

Mit TTIP soll es zu einer Harmonisierung von Regulierungen kommen. Dadurch wird das Abkommen die Regierungen hier- und diesseits des Atlantiks direkt oder indirekt zwingen, die Kosten, die durch Regulierungen entstehen sowie sogenannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse" zu reduzieren. Bestehende Standards könnten insbesondere beim Tierschutz, bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln (GVO), bei der Lebensmittelsicherheit und im Bereich der öffentlichen Gesundheit ausgehöhlt oder gesenkt werden.

Arbeits- und Umweltstandards in der Fleischproduktion sind bislang auf beiden Seiten des Atlantiks unzureichend und müssen verschärft werden. Gewerkschaften und Umweltverbände haben hier aber bereits Erfolge verzeichnet. TTIP wird künftig jedoch die Verbesserung von Regulierungen in diesen Bereichen erschweren, wenn diese Regulierungen als Behinderung für den Handel eingestuft werden.

Es scheint wenig wahrscheinlich, dass die US-Seite weniger weitreichenden Regelungen als den in der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP) vereinbarten zustimmen wird. Im Rahmen des TPP wird aber die Einführung einer Null-Toleranz für GVO (auch in Futtermitteln) deutlich erschwert. Gleichzeitig wird dadurch das Vorsorgeprinzip der EU untergraben.

Gentechnik und Klagerechte für die Fleischindustrie

In der Landwirtschaft sowie der Lebensmittelproduktion kommen bereits heute zahlreiche Technologien zum Einsatz, die wenig oder gar nicht reguliert sind. Durch TTIP wird die künftige Gesetzgebung im öffentlichen Interesse erschwert, so beispielsweise beim Gene Editing (ist auch bekannt als: Genome Editing) oder im Bereich Klonen.

Die TTIP-Bestimmungen zur (de)regulatorischen Kooperation werden eine abschreckende Wirkung auf die Gesetzgebung entfalten und es in Zukunft immer schwieriger machen, die Auswirkungen der Fleischproduktion auf das Klima oder auf andere, noch nicht absehbare Bereiche wirksam einzudämmen.

Die in TTIP enthaltenen Klagerechte für Konzerne (Investor-Staat-Streitschlichtung) werden voraussichtlich die Bemühungen zur Eindämmung des wachsenden Einflusses der Fleischindustrie verhindern. Gleichzeitig wird sich die Anzahl der Unternehmen, die mit TTIP Zugriff auf die Klagerechte erhalten, exponentiell erhöhen. Somit könnten transnational agierende Fleischkonzerne wie JBS und Smithfield – die bereits auf beiden Seiten des Atlantiks agieren und expandieren – mit einem Mal Regulierungen angreifen, die sich negativ auf ihre Gewinne auswirken, auch wenn die Konzerne tatsächlich in Ländern wie China oder Brasilien ansässig sind.

Foto: ÖBV

Nachhaltige Lebensmittelproduktion adé?

Bürger*innen in der EU und in den USA fordern eine gesündere, gerechtere und nachhaltigere Nahrungsmittelerzeugung. Doch die Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und die darin enthaltenen Handelsregeln stellen eine ernsthafte Bedrohung für Bewegungen für bessere Lebensmittel und nachhaltige Landwirtschaft dar. Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA fallen in eine herausfordernde Zeit: Das Interesse der Verbraucher*innen an lokal und biologisch erzeugten und nur minimal verarbeiteten Lebensmitteln wächst auf beiden Seiten des Atlantiks und die Politik reagiert immer mehr auf diese Verbraucherentscheidungen. Gleichzeitig drängen die Globalisierung und ein immer stärker konzentrierter und vertikal integrierter Landwirtschaftssektor die Produktion von Lebensmitteln in die vollkommen entgegengesetzte Richtung: So geht der Trend dahin, dass immer mehr Lebensmittel industriell erzeugt werden – und zwar in Regionen, in denen Arbeitskraft günstig und Umwelt- und Tierschutzstandards niedrig bzw. inexistent sind.

Wird TTIP verabschiedet, entsteht damit die bisher größte und umfassendste bilaterale Freihandelszone. Der transatlantische Vertrag wird zur Blaupause für künftige internationale Abkommen. Damit bedroht TTIP nicht nur gegenwärtige Bemühungen um eine gesündere, verantwortungsvollere und nachhaltigere Ernährung in der EU und den USA: Das System der industrialisierten Massentierhaltung könnte sich durch TTIP weiter ausbreiten, weil damit die Standards in der EU und den USA – auf zwei der wichtigsten Märkte für Fleisch – angeglichen und die Rahmenbedingungen für globale Standards geschaffen werden. Durch die Abschaffung aller Zölle für landwirtschaftliche Produkte im Rahmen des bislang vorgelegten Kapitels über den Marktzugang würden noch billigere Produktionsverfahren begünstigt. Ebenso würde die Verringerung oder gänzliche Abschaffung von Unterschieden in der Gesetzgebung und bei Schutzniveaus – dabei wird von „regulatorischer Harmonisierung" gesprochen – dazu führen, dass sich industrielle Verfahren, die bislang vor allem in den USA angewendet werden, immer stärker auch in der EU durchsetzen. TTIP dürfte in der Folge dringend notwendige Reformen in den USA und Gesetzesvorhaben in der EU zur Eindämmung des Klimawandels, für besseren Tierschutz oder zur Regulierung von GVO in der Lebensmittelerzeugung behindern.

Sharon Treat und Shefali Sharma
Mitarbeiterinnen des IATP (Institute for Agriculture and Trade Policy)

Studie zum Download unter:
http://www.iatp.org/selling-off-the-farm

BÄUERLICHES WIRTSCHAFTEN IN DEN USA

Foto: Johann Strube

Ein Spagat zwischen Kapitalismus und Subsistenzwirtschaft.

VON JOHANN STRUBE

Eine bäuerliche, auf die unmittelbare ländliche Gemeinschaft und Nachhaltigkeit ausgerichtete Produktionsweise in der Landwirtschaft ist nicht unbedingt das, was uns zuerst einfällt, wenn wir an die Vereinigten Staaten von Amerika denken. Eher denken wir an Monsanto, satellitengesteuerte Traktoren und Spritzmitteleinsatz per Flugzeug. Doch tatsächlich ist dies nur eine Seite der Medaille.

Im Rahmen meiner Masterarbeit an der Universität für Bodenkultur habe ich mich auf die Suche nach der anderen Seite gemacht. Angekommen in der Finger Lake Region im US-Bundesstaat New York (einer vom Tourismus sowie der Grünlandbewirtschaftung und vom Weinbau geprägten Region), habe ich gar nicht lange suchen müssen. Um die Kleinstadt Ithaca herum hat sich ein loses Netzwerk von kleinen bis mittelgroßen Betrieben entwickelt, deren Ziel die Versorgung der Stadt und der anliegenden Dörfer mit hochwertigen Lebensmitteln ist. Dazu haben viele Betriebe sogenannte CSAs („Community Supported Agriculture" – auf Deutsch solidarische Landwirtschaft genannt) gegründet. Dabei können sich Konsument*innen einen Teil des Ernteertrages (in der Regel so viel, wie für die Versorgung einer Person oder einer Familie pro Jahr notwendig ist, ausgeliefert in wöchentlichen Paketen) gegen einen fixen jährlichen Betrag reservieren und sichern so den Betrieb gegen Ernteausfälle und Preisschwankungen im Großhandel ab. Andere Höfe haben sich dazu entschieden, ihre Waren an den verschiedenen Erzeuger*innenmärkten in der Region zu verkaufen.

Abgesehen von ihren Beziehungen zu ihren Kund*innen, versuchen die Höfe durch gegenseitige Unterstützung und den Austausch von Produkten und Hilfeleistungen ein resilientes Netzwerk von landwirtschaftlichen Betrieben aufzubauen. Resilient heißt in diesem Zusammenhang, dass die Betriebe in der Lage sind, externen Schocks (wie zum Beispiel plötzlichen Preissenkungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Extremwetterereignissen oder neuen, nachteiligen gesetzlichen Bestimmungen) standzuhalten bzw. sich an diese anpassen zu können, ohne in ihrer Existenz bedroht zu werden. So trifft sich beispielsweise eine Gruppe von Farmern wöchentlich zu Dinnerparties auf ihren Höfen, um miteinander in Kontakt zu bleiben und voneinander zu lernen. Ein Getreidebaubetrieb versorgt andere Höfe mit Gründüngungssamen und erhält im Gegenzug eine wöchentliche Gemüsekiste oder ein geschlachtetes Schwein am Ende des Jahres. Viele der Bäuerinnen und Bauern sind stolz darauf, den Großteil ihrer selbstverbrauchten Lebensmittel selbst herzustellen oder von befreundeten Betrieben erhalten zu haben.

Wachsen oder Weichen – hier wie dort

Dieses Netzwerk der gegenseitigen Unterstützung ist notwendig, um den massiven Belastungen und Zwängen in der US-amerikanischen Landwirtschaft widerstehen zu können. Wie auch in Österreich herrscht in den USA seit spätestens den 70er Jahren die Maxime des „Wachsen oder Weichens". Und auch, wenn die Politik mittlerweile den Beitrag bäuerlicher Familienbetriebe für den ländlichen Raum erkannt hat, ist die Agrarpolitik weiterhin auf maximale Akkumulation von Kapital in der Landwirtschaft orientiert. Die Preise für landwirtschaftliche Flächen sind extrem angestiegen, viele Höfe haben sich für Maschinen und teures Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel verschuldet, um dem Druck, immer billiger produzieren zu können, standzuhalten. In den Counties (vergleichbar mit den Bezirken in Österreich) um Ithaca herum ist die Zahl der Betriebe seit 1945 um zwei Drittel gefallen.

Viele der Betriebe reagieren auf diese Belastungen mit einer Zweiteilung ihrer Produktion. Einerseits passen sie sich den Veränderungen zu einem gewissen Grad an und richten einen Teil ihrer Produktion auf möglichst hohe finanzielle Erträge aus. Im Gegensatz zur kapitalistischen Wachstumslogik erkennen viele Betriebe, wenn es damit genug ist. Statt immer mehr Geld zu erwirtschaften, richten sie den anderen Teil ihrer Produktion auf das gute Leben ihrer unmittelbaren Gemeinschaft aus. Nicht zuletzt mit dem Ziel, diese soweit zu stärken, dass sie in Zukunft ihre profitorientierte Produktion zurückfahren können. Damit ist die Subsistenzproduktion also nicht nur ein Hobby der Bäuerinnen und Bauern, wie oft fälschlicherweise dargestellt, sondern ein aktiver Akt der Befreiung von marktwirtschaftlichen Zwängen.

Wenn wir das nächste Mal Bilder der monokulturellen, industriellen Landwirtschaft in den USA sehen (ja, die gibt es natürlich auch) und abfällig über das „böse Amerika" reden, sollten wir uns überlegen, welche Freiheiten Bäuerinnen und Bauern in Österreich eigentlich noch besitzen. Setzen viele Betriebe bei uns auf ständige Maximierung ihrer Erträge aus reiner Profitgier oder, weil sie politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft immer weiter dazu drängen? Und vielleicht bieten uns die vorgestellten Betriebe im Bundesstaat New York ja Anregungen, wie wir diese Rahmenbedingungen zu Gunsten kleiner bäuerlicher Betriebe verändern können.

Johann Strube
Absolvent der Universität für Bodenkultur und promoviert im Fach Agrarsoziologie an der Pennsylvania State University. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Fragen der Landverteilung und der subsistenzorientierten, bäuerlichen Landwirtschaft in kapitalistisch organisierten Staaten, insbesondere in Mitteleuropa und den USA.

MONSANTO-TRIBUNAL IN DEN HAAG

Beim symbolischen Gerichtshof Mitte Oktober in Den Haag wurde darüber verhandelt, ob der Konzern Verantwortung für die Schäden, die seine Produkte verursachen, übernehmen muss.

VON IRMI SALZER

Selbstverständlich war es kein Zufall, dass die Aktivist*innen und Nichtregierungsorganisationen, die das Monsanto-Tribunal organisierten, Den Haag als Schauplatz wählten. Normalerweise werden dort am Internationalen Strafgerichtshof Kriegsverbrecher verurteilt. Die Vorwürfe, die an den US-Saatgut- und Pestizid-Konzern gerichtet werden, wiegen auch ähnlich schwer: Die Anklage lautete unter anderem auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Ökozid und Ausbeutung von Bauern und Bäuerinnen. Behandelt wurden während der Sitzungen sechs Leitfragen, darunter, ob Monsanto das Recht auf eine intakte Umwelt, auf Nahrung sowie auf hohe Gesundheitsstandards verletzt habe. Monsanto wird seitens der Ankläger*innen zur Last gelegt, dass es zahlreiche hochgiftige Produkte vermarkte, die Krankheit oder Tod von Tausenden von Menschen verursachten und die Umwelt dauerhaft schädigten. 30 Zeug*innen, darunter Bauern und Bäuerinnen, Imker*innen, Anwält*innen, Gesundheitsexpert*innen und Wissenschaftler*innen aus mehreren Kontinenten berichteten über die ökologischen und gesundheitlichen Konsequenzen von Produkten des Agrarriesens.

Ins Leben gerufen wurde dieses symbolische Gericht von zahlreichen Aktivist*innengruppen und Nichtregierungsorganisationen. Den Vorsitz führten anerkannte Jurist*innen aus Argentinien, Belgien, Kanada, Mexiko und Senegal, u .a. die ehemalige Richterin und Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Françoise Tulkens.

Das Tribunal, das vollständig aus Spenden der Zivilgesellschaft finanziert wurde, soll Lücken in der internationalen Strafverfolgung aufzeigen und zu einem Präzedenzfall werden. Die Richter*innen werden beurteilen, ob Monsanto des Ökozides, eines bisher noch nicht anerkannten Völkerrechtsverbrechens, schuldig ist. Die veranstaltenden Organisationen fordern, dass Ökozid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Tatbestand in das internationale Strafrecht aufgenommen wird.

Monsanto ortet „Parodie"

Der Konzern, der laut dem Übernahmeangebot des deutschen Agrarchemieriesen Bayer mehr als 60 Mrd. $ schwer ist, hat die Einladung, sich vor dem Tribunal zu rechtfertigen, ausgeschlagen. Die Aktion sei eine „Parodie", und die „Verurteilung" des Unternehmens stehe bereits fest, ließ man verlauten. Das Tribunal lenke von den eigentlich wichtigen Diskussionen über die globalen Bedürfnisse in Ernährung und Landwirtschaft ab, schrieb Monsanto in einem Brief an die Veranstalter*innen. Einen „konstruktiven Dialog" über die Perspektiven der Agrarproduktion hingegen hätte man willkommen geheißen.

Der deutsche Chemiekonzern Bayer, der Monsanto übernehmen will, hatte es ebenfalls abgelehnt, das Tribunal zu kommentieren, weil Monsanto „ja noch nicht Teil des Konzerns" sei. Bayer-Vorstandschef Werner Baumann erklärte jedoch in einem Interview, Monsanto habe sich seinen schlechten Ruf zum Teil selbst zuzuschreiben. Bayer werde andere Wege gehen: „Wir wollen Monsanto nicht übernehmen, um genveränderte Pflanzen in Europa zu etablieren."

Die Richter*innen werden nun aufgrund der Aussagen der Zeug*innen bis Dezember ein Rechtsgutachten erarbeiten.

Irmi Salzer
Pressesprecherin der ÖBV-Via Campesina Austria

EIN SCHLECHTES EINKOMMENSJAHR FÜR FAST ALLE

Analyse des Grünen Berichts 2016

Der Grüne Bericht 2016 mit den Daten für das Jahr 2015 ist wie immer eine umfassende Informationsquelle. Im Einkommensjahr 2015 mussten alle Betriebsformen der Landwirtschaft ein Einkommensminus hinnehmen – ausgenommen waren nur die Dauerkulturbetriebe.

VON GERHARD HOVORKA

Das Einkommen aus Land- u. Forstwirtschaft nahm im Jahr 2015 durchschnittlich um 17 % auf 19.478 Euro je Betrieb ab. Nach einem guten Einkommensanstieg im Jahr 2011 war 2015 das vierte Jahr in Folge mit einem Einkommensrückgang. Je nichtentlohnter Arbeitskraft (früher: Familienarbeitskraft) sank das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft um 16 % auf 15.847 Euro. Die Hauptursachen für den Einkommensrückgang waren die stark gesunkenen Erzeugerpreise für konventionelle Milch und für Mastschweine und Ferkel, niedrigere Erntemengen bei Sommergetreide, ein deutlicher Rückgang der öffentlichen Gelder (insbesondere beim ÖPUL) und höhere Aufwendungen für Düngemittel, Pachten, Mieten und Abschreibungen. Positiv wirkten sich die deutlich höhere Weinernte und die niedrigeren Aufwendungen für Energie aus. Im Durchschnitt sank der Ertrag um 4 %, der Aufwand blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Nach Betriebsformen betrachtet, konnten nur die Dauerkulturbetriebe aufgrund der höheren Erntemengen im Weinbau eine Einkommenssteigerung (plus 57 %) erreichen, alle anderen Betriebsformen hatten Einbußen zu verzeichnen. Am stärksten waren die Einbußen bei den Veredelungsbetrieben (minus 29 %). Der Einkommensrückstand der Grünlandbetriebe (Futterbau) gegenüber den Marktfruchtbetrieben (5.916 Euro Differenz je Betrieb) ist im Jahr 2015 gestiegen. Bergbauernbetriebe hatten deutlich größere Einkommenseinbußen (-23 %) als der Durchschnitt der Betriebe, die Biobetriebe mit minus 4 % deutlich geringere Einbußen.

Nach Betriebsgrößen betrachtet waren die Einkommensunterschiede zwischen großen und kleinen Betrieben mit einem Verhältnis von 10:1 auch im Jahr 2015 massiv. Beispielsweise erzielten die großen Marktfruchtbetriebe ein Einkommen aus Land- u. Forstwirtschaft von 65.987 Euro je Betrieb, das ist das Dreizehnfache der kleinen Marktfruchtbetriebe (4.967 Euro je Betrieb). Bei 52 % aller Betriebe im Grünen Bericht war der Verbrauch größer als das Gesamteinkommen. Das Eigenkapital konnte dennoch im Durchschnitt um 1.668 Euro je Betrieb erhöht werden.

Vergleich Nebenerwerb und Haupterwerb

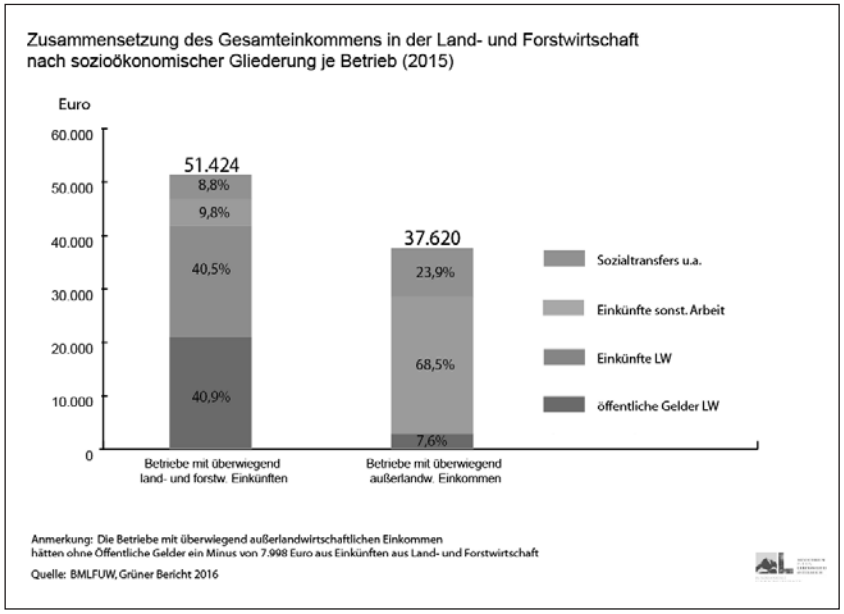
Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten 2015 im Durchschnitt mit 2.858 Euro je Betrieb (minus 37 %) nur knapp 7 % des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbsbetriebe (minus 10 %). Je Familienarbeitskraft (nAK) beträgt die Differenz zwischen Haupt- und Nebenerwerb fast 24.000 Euro. Das Gesamteinkommen der Haupterwerbsbetriebe ist 2015 um 10 %, bei den Nebenerwerbsbetrieben um 4 % gesunken. Bei den Nebenerwerbsbetrieben war 2015 der Verbrauch höher als das Gesamteinkommen.

Bergbauernbetriebe hatten massive Einkommensverluste

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sank bei den Bergbauernbetrieben 2015 im Durchschnitt um 23 %. Dadurch hat sich die Einkommensschere der Bergbauernbetriebe gegenüber den Gunstlagen vergrößert (Nichtbergbauernbetriebe: minus 11 %). Der Rückstand beträgt 5.902 Euro bzw. 26 % gegenüber den Nichtbergbauernbetrieben. Ohne Bergbauernförderung (Ausgleichszulage = AZ) wäre der Abstand zu den Gunstlagen viel größer. Bei Betrachtung des Gesamteinkommens der Bergbauernbetriebe vergrößert sich der Rückstand sogar noch ein wenig. Noch deutlich größer ist die Differenz bei den extremen Bergbauernbetrieben (BHK-Gruppe 4). Eine Familienarbeitskraft (nAK) erreichte in der BHK-Gruppe 4 nur 51 % des Einkommens der Nichtbergbauernbetriebe bzw. 36 % der Marktfruchtbetriebe (Differenz: 17.634 Euro).

Einkommen der Biolandwirtschaft leicht gesunken

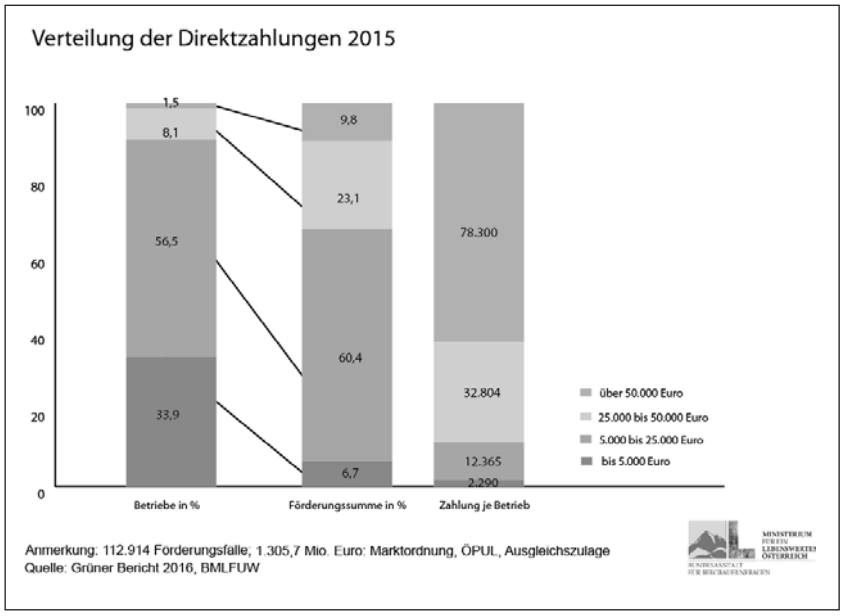
Die Anzahl der geförderten Biobetriebe ist 2015 leicht gestiegen, die Biofläche hat leicht zugenommen. Der Anteil der Biolandwirtschaft liegt bei 18 % an den Betrieben und



21 % an den Flächen. 2015 gab es einen großen Wechsel bei den Biobetrieben, d. h. ca. 8 % haben aufgehört und ebenso viele sind neu hinzugekommen. Die große Mehrheit der Biobetriebe (70 %) sind auch Bergbauernbetriebe. Das land- u. forstwirtschaftliche Einkommen der Biobetriebe sank um 4 % auf 22.812 Euro je Betrieb und lag 17 % über dem Bundesdurchschnitt. Die Biobetriebe erhalten mehr öffentliche Gelder als der Durchschnitt der Betriebe (vor allem aus dem ÖPUL) und weisen eine günstigere Aufwandsrate (Aufwand/Ertrag) auf.

Agrarbudget nahm um 6 % ab

Im Jahr 2015 wurde mit 1,9 Mrd. Euro Budgetmittel um 6 % weniger an EU-, Bundes- und Landesmitteln für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet als im Jahr davor. Die Marktordnungsausgaben hatten einen Anteil von 36 %, das Programm Ländliche Entwicklung von 50 % und die zusätzlichen nationalen Fördermittel machten 14 % aus. Der Anteil der öffentlichen Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen betrug 78 % bzw. 17 % am Ertrag. Bio- und Bergbauernbetriebe hatten im Durchschnitt auch im Jahr 2015 deutlich niedrigere Förderungen als die Marktfruchtbetriebe.



Weiterhin sehr ungleiche Verteilung

Im Maßnahmenjahr 2015 machten die flächenbezogenen Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe 1,31 Milliarden Euro (Flächenprämie, ÖPUL, AZ) aus. Im Durchschnitt waren es 11.564 Euro je Betrieb. Diese Zahlungen sind sehr ungleich verteilt. Während 34 % der Betriebe im unteren Förderbereich (bis 5.000 Euro) im Durchschnitt nur 2.290 Euro je Betrieb erhielten und einen Förderanteil von nur 7 % hatten, lukrierten 1,5 % der Betriebe am oberen Ende (über 50.000 Euro) 10 % aller Fördermittel und im Durchschnitt 78.300 Euro je Betrieb. In den Genuss von jeweils über 100.000 Euro Direktzahlungen kamen 192 Betriebe, die zusammen 36 Mill. Euro (im Durchschnitt 186.000 Euro je Betrieb) erhielten.

Fazit

Das Jahr 2015 war für die Land- und Forstwirtschaft kein gutes Einkommensjahr. Bereits das vierte Jahr in Folge gab es ein Einkommensminus. Besonders hoch waren die Einkommenseinbußen bei den Bergbauernbetrieben. Im Jahr 2015 wurden erstmals die neuen Bestimmungen der Agrarförderungen angewendet (stufenweise Anpassung der Flächenprämie in der 1. Säule sowie neues Programm Ländliche Entwicklung). Bei den Betrieben des Grünen Berichts ist bei den Bergbauern- und Biobetrieben noch keine Verbesserung bei der Flächenprämie sichtbar. Die Reduktion des ÖPULs ist hingegen sehr deutlich. Das ist schade, denn es sind dies genau jene Betriebe, die den Anforderungen der Gesellschaft an eine nachhaltige Landwirtschaft am besten entsprechen.

Dr. Gerhard Hovorka
Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

BEWEGTE VERGANGENHEIT IM OBEREN MÜHLVIERTEL

Unsere Region, das Obere Mühlviertel, war von Anfang an eine der Kernregionen der ÖBV. Hier wurde sie 1974 gegründet, mehrere Obleute und Vorstandsmitglieder waren und sind hier zu Hause.

VON SIEGFRIED SCHÜRZ

Aufmerksam wurde ich auf die ÖBV durch die Teilnahme an einem Seminar der damaligen „Katholischen Jugend/Land" für junge Leute aus der Landwirtschaft. Einer der Referenten war der seinerzeitige Obmann der ÖBV, ein Bauer aus dem Land Salzburg. Außerdem hat mich ein damals schon älteres Mitglied zu einer Jahreshauptversammlung mitgenommen.

Neugierig geworden und gewillt, Alternativen zu den herkömmlichen Bauernorganisationen zu finden, besuchte ich die nächste Regionalversammlung.

Ich erklärte mich bereit, Protokoll zu führen, was sich dann als ziemliche Herausforderung herausstellte. Hier spielten sich auch – und nicht nur bei dieser Versammlung – heftige organisationsinterne Konflikte ab. Für eine Abstimmung mit knappem Ausgang musste zuerst genau eruiert werden, wer ordentliches Mitglied und damit stimmberechtigt ist. Annemarie Pühringer, damals Obfrau der Regionalgruppe, hatte alle Mühe, die Versammlung ordnungsgemäß zu Ende zu bringen. Es handelte sich um Richtungskonflikte und wohl auch um offene Machtkämpfe. Nach der Versammlung teilten sich die Teilnehmer*innen in zwei Gruppen auf, die in zwei verschiedene Gasthäuser gingen. Für mich stellte sich die Frage, wo ich dazugehörte.

Eine (meist) basisdemokratische Bewegung

Die ÖBV war (und ist), gemessen an ihrer Mitgliederzahl, eine sehr effiziente Organisation und hatte sich erfolgreich gegen verschiedene Vereinnahmungsversuche gewehrt. Die Folge waren Anfeindungen von Seiten der etablierten Bauernorganisationen. Da kam es dann auch schnell einmal vor, dass jemandem, der nicht der Meinung der „ÖBV-Obrigkeit" war, vorgeworfen wurde, mit den „Gegnern" (Bauernbund, Kammer, Raiffeisen und dgl.) zu kooperieren.

Andererseits: Bei einer Organisationsarbeit in herkömmlichen Strukturen – wie ich sie vorher auf Gemeindeebene erlebt hatte –, wo die meisten nur alles „nachbeten" was ihnen übergeordnete Stellen vorsetzen, können solche Konflikte kaum entstehen. Ein großer Teil – nicht alles, was ich diesbezüglich in der ÖBV erlebt habe –, war für mich auch Ausdruck einer basisdemokratischen Bewegung.

Die Mühlviertler Wintertage

Ab dem Anfang der 90er-Jahre wurde die bis dahin eher zentral durchgeführte Bildungsarbeit regionalisiert. Begleitet vom damaligen Bildungsreferenten Lois Ziebermayr machte sich auch unser Regionalteam daran, vor allem für die Wintermonate Bildungsveranstaltungen, die „Mühlviertler Wintertage", zu organisieren. Auch ich arbeitete in diesem Team mit. Diese Arbeit bildete dann bis vor einigen Jahren den absoluten Schwerpunkt des regionalen ÖBV-Geschehens im Oberen Mühlviertel. Uns war es ein Anliegen, vor allem auch Themen aufzugreifen, die andere Bildungsanbieter (z. B. LFI) zumindest damals nicht angeboten haben.

„Bäuerliche Geschichte", „Zusammenleben auf dem Bauernhof", „Vor lauter Arbeit", „Die Stellung von uns Bauern im österreichischen Sozialversicherungssystem (mit Blick auf Systeme in anderen europäischen Ländern)" waren nur einige der Veranstaltungsthemen.

Einen fixen Bestandteil dieser „Wintertage" bildete über Jahre hinweg ein „Kamingespräch" mit unserem Förderer und Mitdenker, dem Philosophen Bernhard Heindl. Jeweils in einer Bauernstube gab er uns zu einem bestimmten Thema Denkanstöße, anschließend folgte dazu ein reger Gedankenaustausch. Auch Essen und Trinken kamen nicht zu kurz – verschiedene Leute hatten dazu etwas mitgebracht. Ich habe diese Kamingespräche als etwas sehr gemeinschaftsförderndes in Erinnerung. Auch fachliche Bereiche wurden aufgegriffen, wie z. B. „Homöopathie in der Tierhaltung". Ein weiterer Schwerpunkt waren politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen (z. B. GAP, Ausgestaltung des ÖPUL zur jeweiligen Förderperiode), meistens mit Kooperationspartnern (ERNTE bzw. Bio Austria, UBV, IG-Milch, u. a.). Eine Kooperation mit unserer Bezirksbauernkammer habe ich zweimal versucht, bin aber jedes Mal abgeblitzt. Ein letzter Anlauf im politischen Bildungsgeschehen war ein „Einmischkultur" – Seminar.

Die Zeiten ändern sich

Etwa Ende der 90er-Jahre musste aus finanziellen Gründen unser Bildungsreferent gekündigt werden. Wir hatten seine Unterstützung sehr geschätzt. Eine professionelle Begleitung bei der Vorbereitung der Veranstaltungen in den späteren Jahren wäre aus meiner Sicht oft hilfreich gewesen.

Insgesamt war die Mitarbeit in unserem regionalen Team etwas sehr Verbindendes. Es wurde aber mit dem Lauf der Jahre schwieriger, neue, auch junge Leute für die Mitarbeit zu begeistern. Irgendwie merke ich einen „Zeitgeist", der zwar ein interessiertes Hinsehen, vielleicht auch ein „Konsumieren" als Zuschauer*in, aber kein verbindliches Engagement zur Folge hat. Andererseits sehe ich auch große Möglichkeiten für die politische Arbeit vor Ort durch Organisationen wie die ÖBV, gerade durch die Auflösung von traditionellen Strukturen.

Vor etwa zwei Jahren haben wir begonnen, monatliche ÖBV-Stammtische abzuhalten. Ich freue mich jedes Mal, dort alte Bekannte – und Freunde zu treffen. Sollte das aber vor allem auch für Außenstehende attraktiv sein, müssten Themen vorbereitet werden, wofür ich allerdings momentan keine allzu großen Chancen sehe. Ein Blick in den Bezirk Vöcklabruck (siehe letzte Ausgabe) weckt in mir aber Optimismus.

Siegfried Schürz
Langgedientes ÖBV-Mitglied im Oberen Mühlviertel

ÖBV-*Info II*

ZUKUNFTSWERKSTATT FÜR FRAUEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Ideenküche für eine würzige Bäuerinnenwelt
Sa, 12. Nov, 10:00 – So, 13. Nov 2016, 17:45
Schwarzenbergalm, 5061 Elsbethen (Nähe Stadt Salzburg)
Die Ideen kochen über: für eine blühende bäuerliche Landwirtschaft, zufrieden wirtschaftende Menschen, gleiche Rechte am Bauernhof, eine ernährungssouveräne Agrarpolitik … und vieles mehr. Die eigenen Bedürfnisse und Erfahrungen sind die Zutaten, aus denen wir unser Süppchen kochen wollen. Die Ideenküche bietet einen Rahmen, in dem wir Ähnlichgesinnte suchen und hoffentlich finden können. Wir lassen uns nicht alles auftischen! Stattdessen überlegen wir gemeinsam, was wir eigentlich möchten und wie wir uns zusammenschließen können, um unser persönliches Umfeld und die Agrarpolitik genießbar zu gestalten. Wir entwickeln ganz konkrete „Rezepte", die wir nach dem Seminar gemeinsam umsetzen wollen. Frei nach dem Motto: „Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf."
Moderation: Sigrid Müller – Biobäuerin, Lebens- und Sozialberaterin, freie Trainerin
Alle Frauen, die in der oder um die Landwirtschaft herum tätig sind oder sich das für ihre Zukunft wünschen, sind herzlich willkommen.
Kinderbetreuung wird bei Bedarf organisiert, bitte bei Anmeldung bekannt geben.
An- und Abreise ab Salzburg Hauptbahnhof gemeinschaftlich mit Bus möglich.
Teilnahme-Beitrag (inkl. Unterkunft im 4-Bett-Zimmer, Vollpension, Anreise ab Salzburg Hauptbahnhof): 70 Euro ÖBV-Mitglieder/90 Euro Nicht-Mitglieder. (Am Finanziellen soll's aber nicht scheitern: Bei Bedarf nach Ermäßigung bitte Bescheid geben.)
Anmeldung an: veranstaltung@viacampesina.at,
Tel: 01 89 29 400

BÖDEN AUFBRECHEN!

Land-Forum für Ernährungssouveränität
Fr, 25. Nov – Sa, 26. Nov 2016
VHS Ottakring, 16. Bezirk, Ludo-Hartmann-Platz, und VHS Penzing, 14. Bezirk, Hütteldorfer Straße 112, Wien
Immer mehr Menschen werden gegen die rasant steigende Landkonzentration in Europa aktiv. Sie setzen sich für demokratische, ökologische und sozial gerechte Zugangs- und Nutzungsformen von Land ein. Im 2-tägigen Land-Forum für Ernährungssouveränität wollen wir zu folgenden Fragen diskutieren und arbeiten: Welche politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bewirken die zunehmende Landkonzentration weltweit, in Europa und in Österreich? Welche rechtlichen, politischen und praktischen Ansätze gibt es, um das Recht auf Land anzuerkennen, zu schützen und zu gewährleisten? Wie funktionieren gemeinschaftsgetragene Zugangsformen bereits? Was können wir von anderen europäischen Initiativen lernen? Wie wollen wir unsere Aktivitäten in Österreich bündeln und stärken?
Fr, 25. Nov, 13:00 – 19:30 VERNETZUNG + TAGUNG (VHS Ottakring): Vernetzung von Initiativen verbessern, inhaltliche Kompetenzen stärken, gemeinsames Verständnis schaffen
Sa, 26. Nov, 9:00 – 17:30 ARBEITSGRUPPEN (VHS Penzing): vertiefenden Erfahrungsaustausch ermöglichen, gemeinsame Strategien erarbeiten, zukünftige Aktivitäten planen
Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung: office@fian.at
Detailprogramm Anfang November auf www.fian.at
Veranstaltet von FIAN Österreich, ÖBV u. a.

ÖBV-FRAUENARBEITSKREIS-TREFFEN

Ende Nov/Anfang Dez, 9:15 – 16:00
Haus der Frau, Volksgartenstr. 18., Linz (OÖ)
Bei diesem Treffen wollen wir, aufbauend auf den Ergebnissen der „Ideenküche", unsere Aktivitäten für das Kalenderjahr 2017 planen! Neue Gesichter sind genauso willkommen wie altbekannte!
Termin demnächst auf www.viacampesina.at
Fahrtkosten und Mittagessen können von der ÖBV übernommen werden.
Anmeldung: monika.thuswald@viacampesina.at,
Tel: 01 89 29 400

TREFFEN DER ÖBV-REGIONALGRUPPE „DREILÄNDER"

Sa, 3. Dez 2016, 16:00
Frauen, Mädchen- und Familienberatungsstelle, Prinz Eugen-Straße 12, 7400 Oberwart, Burgenland
Bäuerinnen, Bauern und andere ÖBV-Interessierte aus dem Südburgenland, der Oststeiermark und dem Südöstlichen Niederösterreich treffen sich zur regionalen Vernetzung und zur Planung von gemeinsamen Aktivitäten und Veranstaltungen. Kontakt: dreilaendergruppe@viacampesina.at

ÖBV-*Info I* Seite 28

„ABKOMMEN JETZT! IN ÖSTERREICH FÜR DEN FRIEDEN IN KOLUMBIEN“

„Acuerdo ya! En Austria por la Paz en Colombia“
Der Friedensprozess in Kolumbien zwischen der Regierung und der linken FARC-Guerrilla befindet sich in einer ausgesprochen schwierigen Phase und läuft Gefahr zu scheitern.

VON HUEM OTERO

Foto: taz.de

Nach vier Jahren harter offizieller Verhandlungen in Havanna gelangten die Verhandlungsteams der beiden Seiten mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der EU zu einem Abschluss, der in einer feierlichen Unterzeichnung des Vertrages in Cartagena am 26.9. 2016 mündete.

Am 2. Oktober wurde der Inhalt dieses Abkommens (Acuerdo) dem kolumbianischen Volk in einem Plebiszit zur Abstimmung vorgelegt, das überraschend mit einer ganz knappen Mehrheit für die „Nein“-Fraktion endete. Dieser Wahlausgang führte zu einer politischen und juristischen Krise in Kolumbien, die den Friedensprozess enorm in Gefahr bringt und das Land politisch stärker spaltet denn je.

Durch zahlreiche Bürger*innenbewegungen, die sich auf der Straße für eine sofortige Umsetzung des Abkommens einsetzen und die Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos haben die Befürworter*innen des Abkommens noch einmal einen Impuls und Hoffnung bekommen.

Eine Gruppe von Kolumbianer*innen und solidarischen Österreicher*innen, die sehr besorgt über die prekäre Situation des Friedensprozesses in Kolumbien ist, möchte die internationale Gemeinschaft stärker auf die Vorgänge in Kolumbien aufmerksam machen und sie dazu bewegen, in dieser entscheidenden Phase positiven Einfluss auf alle maßgeblichen Kräfte in Kolumbien auszuüben. Die Gruppe möchte die politische Problematik in Kolumbien sichtbar machen sowie demokratische Mechanismen und Friedensnetzwerke aufbauen. Weil der Gender-Fokus des Vertrags für eine kontroverse öffentliche Debatte gesorgt hat, sollen die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts auf Frauen, die in Kriegsgebieten mehrfach von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind, thematisiert werden.

Huem Otero
Aktivistin in der Gruppe zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien
huem.otero@gmail.com

KOLUMBIEN: FRIEDENSKONFERENZ UND ZWEI WORKSHOPS

Zwischen 10. und 13. November wird eine Veranstaltung zur Situation in Kolumbien organisiert: Bei einer Konferenz und zwei Workshops können Interessierte ein breites Spektrum der Aktualität des Friedensprozesses erfahren und mit Referent*innen und Expert*innen diskutieren.

Referent*innen:
Yezid Arteta Davila: kolumbianischer Jurist und Soziologe, ehemaliges FARC-Mitglied, jetzt Friedensbeauftragter der kolumbianischen Regierung im Rahmen der Friedensgespräche in Havanna, arbeitet zurzeit auch an der „Universidad Autónoma" von Barcelona in der Schule der Kultur des Friedens („Escuela de Cultura de Paz")
Sigifredo Leal: kolumbianischer Sozialanthropologe mit Schwerpunkt Gewaltforschung, derzeit Dissertant an der Goethe-Universität Frankfurt
Leonora Castaño Cano: Gründerin von ANMUCIC (Asociación Nacional de Mujeres Campesinas, Indígenas y Negras de Colombia), einer Frauenorganisation für Bäuerinnen, Indigene und Afrokolumbianerinnen. Im Exil seit 2003. Sie engagiert sich in einem Zusammenschluss von unterschiedlichen NGOs, die sich für Frauenrechte und den Frieden in Kolumbien einsetzen (Mesa de Apoyo: Derechos Humanos de las Mujeres y Paz en Colombia: http://mesadeapoyo.com/).

PROGRAMM

Do, 10. November 2016

10:00 Pressefrühstück
19:00 – 21:00 Vorträge und Diskussionsveranstaltung

- Historischer Überblick und Hintergründe des bewaffneten Konflikts und der Menschenrechtssituation in Kolumbien
- Was ist der Inhalt des Friedensvertrags (insbesondere die Themen ländlicher Raum, Politische Partizipation und Übergangsjustiz)?
- Wieso wurde der Vertrag von der Bevölkerung abgelehnt?
- Welche Auswirkungen hat der Konflikt insbesondere auf Frauen und wie wurde das im Vertrag berücksichtigt (Gender-Fokus)?
- Wie ist die aktuelle politische Lage für die Zukunft des Vertrags zu bewerten und was kann die internationale Gemeinschaft tun?

Die Veranstaltung wird auf Spanisch mit professioneller Simultanübersetzung stattfinden.

Freitag, 11. November 2016:
15:00 –18:00 Vertiefender Workshop I
Die Workshops sollen eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Konflikt und dem Friedensvertrag ermöglichen und Werkzeuge liefern um den Prozess zu unterstützen. Das Zielpublikum sind vorrangig Kolumbianer*innen, die in Wien leben, aber auch andere Interessierte, die unsere Arbeit unterstützen wollen.

Der Workshop wird auf Spanisch stattfinden, bei Bedarf mit Konsekutivübersetzung durch freiwillige Teilnehmer*innen.

18:00 –19:00 **Kundgebung für ein Ende des bewaffneten Konflikts**

Samstag, 12. November 2016:
10:00 – 15:00 Vertiefender Workshop Teil II
19:00 Abschlussfest mit kulturellem Programm

FLICKWERK

Wie wirkt sich die aktuelle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf wen aus? Wer gewinnt, wer verliert? Was sind die politischen Ergebnisse? Wie haben sich die EU-Institutionen auf das gemeinsame Agrarbudget einigen können? Wo reißt's Löcher? Ich stehe verdutzt vor diesen Fragen, befasse ich mich doch neben der anfallenden Arbeit auf unserem Hof meistens nur am Rande direkt mit Agrarpolitik. – Ein Blick auf unterschiedliche Ebenen der GAP-Reform.

VON MONIKA GRUBER

Foto: Margit Gruber

Mein sonnengelbes Jersey-Leintuch fürs Doppelbett erscheint schon ziemlich abgenutzt. Mit den Jahren des Gebrauchs bleichte es stark aus. Doch das stört mich weniger. Schlimmer finde ich die zahlreichen, kleinen Löcher im Gewirk und die durchscheinend gewordene Mitte, die an einer Stelle sogar schon zerschlissen ist und einen etwa zehn Zentimeter langen Riss aufweist. Als sparsam mit dem Haushaltsbudget umgehende Bäuerin überlege ich das Ausbessern der schadhaft gewordenen Stellen. Doch lohnt in dieser konsumgeprägten Wirtschaft das Flicken für ein möglichst langes (und ressourcenschonendes) Leben der Bettwäsche?

Das kommt mir vor wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und der aktuellen Reform. 1957 einigten sich die Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG), nachdem sie die Römischen Verträge unterzeichnet hatten, zur gemeinsamen Agrarpolitik, um die Erzeugnisse der Landwirtschaft in den freien Warenhandel der soeben gegründeten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) einzubeziehen. So hat die GAP schon mehr als ein halbes Jahrhundert am Buckel. Ein Ziel, das von den Gründungsmitgliedern damals erkoren wurde und im Artikel 33 des (konsolidierten) Gründungsvertrages festgeschrieben steht: „Die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts … steigern."

Durch (jahrzehntelanges) fleißiges Beraten durch die Bauernkammer in die richtige Richtung sind Bauern und Bäuerinnen hier angelangt. Schaue ich mich 2016 auf den Höfen um, begegnen mir zunehmend größere Maschinen. Gemäht wird neuerdings nicht mehr nur mit einem Mähwerk, sondern gleichzeitig mit zwei, Seitenmähwerk und Frontmähwerk (oder am Heck). Zum „effizienten" Heu werben reicht nicht mehr der einfache Schwader, der Doppelschwader muss her. Und mann braucht ein größeres Güllefass, mit dem er sogar während der Sonntagsmesse am Kirchenplatz vorbeizischen kann, um in kürzester Zeit die anfallenden Mengen aus dem Laufstall auszubringen – denn Zeit kostet Geld und die Sozialversicherung frisst nach dem Erhöhen des Einheitswertes mehr vom erschufteten Einkommen. Und die Milchpreise und die Fleischpreise dümpeln nach dem Ende der Milchquotenregelung auch im Keller.

Auch größere Traktoren werden angeschafft. Ich wundere mich jedes Mal über so ein Monster aus dem benachbarten Dorf. Mit der enormen Höhe der Zugmaschine kann der junge Bauer gerade noch unter die Überdachung unserer örtlichen Tankstelle einfahren zum Treibstoff nachfüllen. Über den Verbrauch in dieser Größenordnung will ich gar nicht nachdenken.

Was in den Onlineseiten des Bundesministeriums für Landwirtschaft zur aktuellen GAP-Reform nachgelesen werden kann, klingt durchgehend wie eine Lobeshymne. Da ist von ihr als Herzstück der heimischen Agrarpolitik die Rede, von einem akzeptablen Ergebnis auf EU-Ebene, sie stärke die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit, verankere die Landwirtschaft im gesamten ländlichen Raum, garantiere den Menschen in Europa eine gesunde und hochwertige Nahrungsmittelproduktion. Kein Wort von Lebensmitteln.

Mir scheint die GAP-Reform am Symptom des gehäuft auftretenden „ung" zu leiden. Das fällt mir auf, während ich die Informationsseiten zur GAP-Reform überfliege. Da strotzt es vor Begriffen wie Neuerung, Gründung, Anbaudiversifizierung, Entwicklung, Mengenregelung, Greening-Anforderung, Stärkung, Berücksichtigung, Autorisierung, Pflanzung, Vorstellung, Verarbeitung, Mindestbewirtschaftung, Branchenvereinigung, Erstattung, Planung, Regelung und Steuerung. Dazu gehört anscheinend auch die regelmäßige Überfliegung der österreichischen Landschaft und die Anfertigung und Aushändigung der Hofkartierung mitsamt der Landschaftselementeerhebung zur Mehrfachantragsbeantragung.

Bei dieser Anhäufung von „ungs" empfehle ich Ihnen lieber die Lektüre der „Wege für eine bäuerliche Zukunft" mit einem ausgewogenen „ung"-Gehalt. Ein Abo derselben, das sich auch hervorragend als Weihnachtsgeschenk eignet, ist ganz einfach zu bestellen:

baeuerliche.zukunft@chello.at
Fax 01 – 958 40 33
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH
Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG
Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
06474-8164
trimmingerhof@aon.at

VORARLBERG
Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL
Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

OBERÖSTERREICH
Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
0681-20504948
johann.schauer@viacampesina.at

STEIERMARK
Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

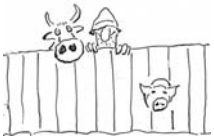
KÄRNTEN
Paul Ertl
Oberdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel.: 0664-3835613
paul.ertl@boku.ac.at

Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND
David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Werbt Abos!

Wir haben was davon, ihr habt was davon – alle haben was davon!

Die ÖBV finanziert ihre Tätigkeiten zum überwiegenden Teil durch Subventionen vom Staat. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge, Abonnementgebühren und Spenden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Subventionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die Kosten aber sind gestiegen. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einem finanziellen Engpass.

Zur Erfüllung unseres Auftrags, einer tatkräftigen Agraropposition, sind wir mehr denn je auf eure Unterstützung angewiesen. Langfristig ist die beste Strategie für eine politische und finanzielle Unabhängigkeit die Erhöhung der Eigenmittel. Wir bitten euch daher nach euren Möglichkeiten, neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft und/oder Abonnement

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 32,00 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-Bäuer*innen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 32,00. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- ❑ Ich möchte ordentliches Mitglied werden
- ❑ Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
- ❑ Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft" zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland)

Name: .....
Adresse: .....
Beruf: ..... Tel: .....
E-Mail: .....
Datum: ..... Unterschrift: .....

- ❑ Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland) für: .....

Zustelladresse: .....

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien
Tel.: 01-89 29 400, baeuerliche.zukunft@chello.at, www.viacampesina.at
Bankverbindung: Die ERSTE KtoNr. 04234529 BLZ: 20111
ZVR: 510788025

ÖBV-*Info I/Veranstaltungen*

BAUER UNSER

Filmvorführung und Diskussion
Do, 17. Nov 2016, 19:30
Kino Lenzing (OÖ)
Der Film von Robert Schabus zeigt ungeschönt und unaufgeregt, wie es auf Österreichs Bauernhöfen zugeht. Danach Filmgespräch mit Protagonist*innen des Films:
– Maria Vogt (Bäuerin und aktives ÖBV-Mitglied, Weinviertel)
– Ewald Grünzweil (Milchbauer, IG-Milch-Obmann, Mühlviertel)
– Martin Suette (Schweinegroßbetrieb, Kärnten – angefragt)
Veranstaltet von der ÖBV-Regionalgruppe Vöcklabruck
Kontakt: christine.pichler-brix@gmx.at und hildegardbachler@gmx.at
Weitere Vorführungen von „Bauer Unser" in mehreren Bundesländern sind in Planung, Termine bald auf www.viacampesina.at

BÄUERINNENKABARETT

Die Miststücke on Tour
Fr, 18. Nov 2016, 19:00
Dorfzentrum Prottes, Matzner Straße 7,
Prottes bei Gänserndorf (NÖ)
Eintritt: 18 Euro
Kartenvorverkauf: 05025 940 403
dagmar.weber@gaenserndorf.lk-noe.at
Veranstaltet von „Die Bäuerinnen im Gebiet Gänserndorf"

LUNGAUER HERBSTSYMPOSION

Metamorphose – Gesellschaft im Wandel
Fr, 18. Nov – So, 20. Nov 2016
Biohof Sauschneider, St. Margarethen im Lungau (Szbg)
Das Ende der Wachstumsgesellschaft ist eingeläutet, denn nichts auf dieser Welt kann immer wachsen. Die wenigsten Menschen haben eine Vorstellung davon, wie Wirtschaft sonst funktionieren kann, außer durch Wachstum. Wie können wir uns das gesellschaftliche Zusammenleben und Arbeiten nach dem Wachstum vorstellen, wie sollte die Postwachstumsgesellschaft funktionieren, wie kann der Wandel dahin gut vollzogen werden und was könnte für unsere Region hier im Lungau wichtig dazu sein?

Fr, 18. Nov, 19:30 Film: „Tomorrow – die Welt ist voller Lösungen"

Sa, 19. Nov, 13:30 Vorträge:
„Alternativen zum Wachstumszwang" – Hans Holzinger,
„Kleine Gruppen als Keimzellen gesellschaftlicher Veränderung" – Gabriele Huterer, Dan Jakubowicz,
„Eine Bank für Gemeinwohl" – Ingun Klupenegger

Sa, 19. Nov, 19:30 Podiumsdiskussion: „Wie positiv ist die Entwicklung der Gesellschaft hin zur Postwachstumsgesellschaft für periphere Regionen wie dem Lungau?"

So, 20. Nov, 9:00 Symposiums-Brunch und Bauerngespräche zum Thema „Postwachstumsgesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft" – Ludwig Rumetshofer, Leonhard Prodinger u. a.

Eintritt: Freiwillige Spenden
Veranstaltet vom Biohof Sauschneider in Kooperation mit dem Verein SOL, unterstützt durch ÖBV u. a.

Fortsetzung Seite 23

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A–1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M